

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurtrasse 46, durch die Buchhandlungen des „Volksrecht“, Neue Hauptstraße Nr. 6 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen, Hauptstraße Nr. 12, Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post hat das Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter je geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Samstagsanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Verlobungen, aus Schlesien 70 Pf. Kleinanzeigen pro Wort 2 Pf. Das letzte Wort 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurtrasse 46 oder in den Geschäftsstellen abgegeben werden.

Der Reichswehr-Scandal.

Gekler gegen Löbes Vorschläge. — Eine Ablehnung des Reichswehrministeriums sofort widerlegt.

Im „Demokratischen Zeitungsdienst“ befaßt sich der Reichswehrminister Dr. Gekler mit der vom Genossen Löbe angeschnittenen Frage des Heeresjahres. Er bezeichnet einleitend die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die eine zwölfjährige Dienstzeit verlangen, als „eine Forderung von schlechtem unchristlicher Brutalität“. Das Reichsheer habe zwar gegenwärtig infolge der katastrophalen Arbeitslosigkeit ein Ueberangebot; das Ersatzproblem könne endgültig erst beurteilt werden, wenn auf dem Arbeitsmarkt wieder normale Verhältnisse eingetreten seien. Denn wirklichen Nutzen habe die Reichswehr nur von denen, die aus Passion zum Heere kommen, die begeisterte Soldaten sind. Hebel bemerkbar mache sich vor allem auch das Fehlen einer Diszipliniertheit.

Die überall festzustellende enge Verbindung zwischen dem Ersatzgeschäft der Reichswehr und den rechtsradikalen Verbänden sucht der Reichswehrminister als ein „Missverständnis in der Öffentlichkeit abzutun. Die verantwortlichen Offiziere hätten, „lediglich entgegen der Vorschritt“ gelegentlich Anfragen über freiwillige an Führer der Verbände gerichtet, die für die Reichswehr als politische Organisationen verboten sind. Daher das „Missverständnis“, als ob die Reichswehrruppenteile den Ersatz solchen Verbänden entnähmen. Davon könne gar keine Rede sein — versichert der Herr Reichswehrminister. Es habe sich lediglich um Anfragen nach Geeignetheit und nicht etwa nach politischer Gesinnung gehandelt.

Das vom Genossen Löbe als Vorbild empfohlene Verfahren bei der österreichischen Armee lehnt der deutsche Wehrminister ab. Das österreichische Heer sei politisiert; „das deutsche Heer soll unpolitisch sein“. Das ist unpolitisch ist, was selbst Dr. Gekler nicht zu behaupten. Eigene Vorschläge, um die unhaltbaren Zustände im Ersatzgeschäft der Reichswehr abzustellen, vermag der Reichswehrminister nicht zu machen. Von der republikanischen Presse verlangt er Erleichterung in dem Sinne, daß sie „ihre Leser für den Gedanken der Wehrhaftigkeit des Volkes erwärmt (!) und in der republikanischen Jugend Neigung zum Soldatenberuf erweckt“.

Gekler will also nicht wissen, wie es mit der Reichswehr steht und die Reform muß ohne ihn und gegen ihn gemacht werden.

Der Reichswehrminister hat nach den Landsberger Prozessen im Reichstag eine Rede über die Beziehungen der Reichswehr zu illegalen Organisationsversuchen gehalten, aus der man den Eindruck ziehen sollte, daß seit dem Jahre 1923 das System illegaler Reichswehrgesellschaften vollständig abgebaut und die Beziehungen der Reichswehr zu den sogenannten Wehrverbänden abgebrochen worden wären.

In den letzten Tagen sind nun eine Reihe von Tatsachen veröffentlicht worden, die eine solche Auffassung entschieden widerlegen und die Reichswehr schwer belasten. Am meisten Aufsehen machen unter diesen Veröffentlichungen gewisse Stellen aus der Denkschrift des Herrn Mahrann, des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, die Herr Gekler im März dieses Jahres eingereicht worden ist.

Aus dieser Denkschrift geht einwandfrei hervor, daß im Jahre 1923 die illegalen Reichswehrgesellschaften unter der Firma „Bund für Freiheit und Recht“ verborgen wurden. Die Angehörigen wurden auf die Reichswehr vereidigt und Berrat wurde mit der Geme bedroht. Dieser „Bund für Freiheit und Recht“ ist keineswegs verschwunden. Aus der Denkschrift des Herrn Mahrann erfährt man z. B. weiter, daß zu Beginn des Jahres 1926 dieser Bund in ganz großem Maße an der Aufstellung neuer illegaler Reichswehrgesellschaften gearbeitet hat. Es handelt sich darum, daß neben der Reichswehr in ganz Deutschland ein Behördenapparat geschaffen werden soll, der den alten Bezirkskommandos entspricht. Zu ihren Befugnissen sollen die Aufstellung von Stammrollen, die Ausbildung von Ersatztruppen, gewisse Mobilisationsvorarbeiten usw. gehören.

Für diese Dinge ist der Reichswehrminister verantwortlich. Es ist bekannt, daß neben dem bereits veröffentlichten Anlagematerial gegen die illegale Betätigung der Reichswehr weiteres Material vorliegt. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird umgehend Gelegenheit nehmen, Herrn Gekler über diese skandalösen Zustände vor dem Plenum des Reichstags in aller Öffentlichkeit zur Rede zu stellen.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht gegenüber den aus der Mahrann'schen Denkschrift veröffentlichten Berichten über illegale Reichswehrgesellschaften ein Dementi, aber nur ein echtes Reichswehredementi. Es lautet: „Im Reichswehrministerium ist über derartige Dinge nie etwas bekannt geworden. (1) Als vor Jahr und Tag Gerüchte in dieser Richtung auftraten, sind erneut scharfe Befehle gegen jede derartige Verbindungen erlassen worden.“ Herr Gekler hat aber im März die Denkschrift des Herrn Mahrann erhalten. War das auch „nichts“?

Der Ordenskanzler des „Jungdeutschen Ordens“, Otto Bornemann, nimmt im „Jungdeutschen“ vom 23. November Stellung zur Veröffentlichung von Teilen der Mahrann'schen Denkschrift. Diese Veröffentlichung krafft das Dementi des Reichswehrministeriums glatt liegen. Es wird darin ausgeführt:

„Der Jungdeutsche Orden konnte selbstverständlich nicht achtlos an politischen Bestrebungen vorbeigehen für solche Personen, die in Diensten der Reichswehr zu stehen vorgaben, in seinen eigenen Reihen Anhänger zu werden versuchten, um so mehr, als er diese Bestrebungen für falsch und für die Zukunft Deutschlands verwerflich hielt. Die Folge waren Angriffe dieser Personen und ihrer Kreise auf den Orden, welche trotz mündlicher Beschwerden beim Reichswehrministerium nicht abgestellt wurden. Der Reichswehrminister hat die Ordensleitung, das ihr vorliegende Material zusammenzustellen und schriftlich einzureichen. Die Ordensleitung reichte einen Teil des Materials am 13. März und den Rest am 18. März ein. Bereits kurze Zeit später konnte Herr von Sodenstern, der Hauptgeschäftsführer der „Deutschen Zeitung“, den Inhalt der Denkschrift, und machte, insbesondere veranlaßt durch die Hausdurchsuchung der Polizei am 12. Mai, die Öffentlichkeit auf das Bestehen der Denkschrift aufmerksam. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Presse sich mit der Frage beschäftigte, und daß amtliche Stellen, welche ein Interesse an der Denkschrift hatten, nunmehr in deren Besitz gelangten.“

Erster Vorwurf: Das Reichswehrministerium hat in mündlichem Vortrag und in ausführlicher Denkschrift erfahren, was angeblich im Reichswehrministerium nicht bekannt ist.

Zweiter Vorwurf: Die Puttschisten um Sodenstern, die jetzt „Landesverrat“ schreien, haben durch eine Judisikation aus dem Reichswehrministerium die Denkschrift erhalten.

Zum Schluß schreibt Bornemann: Es wird Vorwürfe und Verdächtigungen regnen, so daß die Ordensleitung wahrscheinlich gezwungen sein wird, aus ihrer Reserve hervorzutreten und den Schriftwechsel mit dem Reichswehrministerium, eventuell die Denkschrift selbst, zu veröffentlichen. Dann wird die Öffentlichkeit sich überzeugen können, daß diese Denkschrift nichts enthält, was dem Reichswehrministerium nicht schon bekannt war, daß sie ferner geschrieben wurde in Sorge um die Unantastbarkeit der Reichswehr, sowie um zu klären, ob die Behauptung politischer Desperados, die Reichswehr bedeute, entspricht.

Was bleibt danach noch von der Ablehnung des Ministeriums übrig?

Stresemann bestätigt den Scandal der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“

Am Montag hat der vom Parlament bestellte Reichsaussenminister die Güte gehabt, vor dem Auswärtigen Ausschuß den bisherigen Verlautbarungen über das Verhältnis der Reichsregierung eine fast ebenso nichtsagende Erklärung hinzuzufügen. Vernehmen wir, was der selbstherrliche Reichsaussenminister zu erklären wagte:

„In einer Reihe von Zeitungen sind Mitteilungen über Beziehungen der Reichsregierung zu der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verbreitet worden, die in ihren Einzelheiten nicht richtig sind. Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler stelle ich darüber das folgende fest:

Von dem gekauften Verlagsunternehmen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, das seinerzeit von der Preussischen Regierung im August 1925 erworben wurde, ist im April dieses Jahres die Zeitung auf das Reich übergegangen, soweit die Minderheit der Anteile nicht im privaten Besitz sind. Die durch diese Veränderung für das Reich entstehenden Ausgaben werden aus dem Dispositionsfonds des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaussenministers gedeckt, die etatsrechtlich zur Verfügung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaussenministers stehen. Zwischen dem früheren und

jetigen Besitzer sind Verabredungen über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden, die der allgemeinen Tendenz des Blattes entsprechen.“

Dazu schreibt der „Soz. PresseDienst“: Was ist diese Erklärung anderes als eine Ohrfeige für das Parlament und die mit Recht auf einer völligen Klärung der Angelegenheit bestehende Öffentlichkeit? Aus ihr erfahren Parlament wie Öffentlichkeit, um sicher auch der größte Teil der Reichsminister, sechs Monate nach erfolgtem Kauf, daß die Reichsregierung in den Besitz des Verlages der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gelangt ist. Aus welchen Gründen und mit welchem Recht dieses unrentable und völlig unwirtschaftlich arbeitende Unternehmen von dem Außenminister zu einem Preis von weit über eine Million Mark mit dem Geld der deutschen Steuerzahler erworben worden ist, geht das Parlament und die Öffentlichkeit nach Auffassung des Herrn Stresemann immer noch nichts an. Auch daß die für das Reich entstehenden Ausgaben in Form einer monatlichen Subvention von 75 000 bis 90 000 Mark bestehen, ohne daß die Reichsregierung versucht hätte, ihr Unternehmen wirtschaftlich zu gestalten, hat Parlament und Öffentlichkeit nach der Meinung des Herrn Außenministers ebenfalls nicht zu interessieren. Ihnen mag man statt dessen die lächerliche Behauptung vorzulegen, daß „zwischen den früheren und jetzigen Besitzern eine Verabredung über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden ist“. Das erklärt man, nachdem erst vor wenigen Tagen von der gleichen amtlichen Stelle verkündet wurde, es sei nie versucht worden, auf die innerpolitische Haltung des Blattes irgendwelchen Einfluß zu gewinnen, und die Redaktion sogar erklärt hat, daß ihr von derartigen Verabredungen überhaupt nichts bekannt ist.

Wir wollen hier nicht auch noch die Frage untersuchen, wieviel Exemplare von dem angebotenen Abonnementsbestand der von Mahrann geleiteten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gratis auf Kosten des Reiches verschickt werden. Das wird Aufgabe des Reichstags sein. Man hat ihm geistlich den Anlauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verschwiegen, um seinen Einfluß und sein Kontrollrecht auszuüben; denn darüber war sich zweifellos der Außenminister und vor allem auch der Parteiführer Stresemann klar, daß die Sozialdemokratie nie einen Augenblick die Leitung einer reichseigenen Zeitung im Sinne der Volkspartei oder gar der Deutschnationalen gebildet hätte. Auch von diesem Gesichtspunkt aus wird sich das Plenum des Reichstags mit diesem unerhörten Vorfall zu beschäftigen haben. Der Dispositionsfonds des Reichskanzlers und des Außenministers ist schließlich nicht dafür da, daß im Stillen hinter dem Rücken des Reichstags von dem Geld der Steuerzahler Zeitungen aufgelauft werden, die unter dem Anschein, eine bestimmte Richtung der Reichspolitik zu vertreten, in Wirklichkeit nichts anderes sind als Organe einer bestimmten Partei.

Wie wir erfahren, wird sich der Reichsverband der deutschen Presse in den nächsten Tagen ebenfalls mit der Angelegenheit der „DAZ“, soweit sie die Redaktion betrifft, befassen.

Am Kopf der „Deutschen Allg. Ztg.“ steht heute folgende Erklärung: „Im Zusammenhang mit Erörterungen über die Verhältnisse der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ finden sich in der Berliner Presse teils Andeutungen, teils auch Behauptungen des Inhalts, daß die Meinung unseres Blattes durch finanzielle Abhängigkeit von Reichsstellen erkauft sei und seine politische Haltung durch Bindungen irgendwelcher Art bestimmt wäre. Demgegenüber erklären Verlag und Redaktion:

1. Von finanziellen Zusammenhängen zwischen Zeitung und amtlichen Stellen oder von irgendwelchen Bindungen an solche Stellen war uns bisher nichts bekannt.
2. Niemals ist die freie Meinungsäußerung der Redaktion von irgendeiner Seite unterbunden oder beeinträchtigt worden.
3. Selbst politische Gegner unseres Blattes haben bis zur Stunde der Redaktion bezeugt, daß sie ohne Rücksicht auf den Besitzwechsel nach dem Tode von Hugo Stinnes an ihrer politischen Linie eines überparteilichen Blattes (!) unbeirrt festgehalten hat.“

Das Geld des Reiches hätte das Blatt danach bekommen, um seine alte Stinnespolitik weiter zu treiben. Eine Reichsregierung, deren Minister in der Mehrzahl zum Zentrum und den Demokraten gehören, gab das Geld für die Artikel deutschnationaler und völksparteilicher Politiker zu dauernden Angriffen gegen die preussische Regierung, deren Mitglieder gleichfalls in der Mehrzahl Demokraten und Zentrumleute sind. Den Redakteuren war nicht einmal gesagt worden, daß sie letzten Endes aus Reichssteuergeldern besoldet werden. Wie das im Reichstag verteidigt werden wird, darauf darf man wohl wirklich gespannt sein.

Selbst die „Germania“ des Zentrums schreibt: „Am 22. November gegen 4 Uhr erfährt also die deutsche Öffentlichkeit, daß die Reichsregierung seit April dieses Jahres zu den Zeitungsverlegern gehört und über ein offizielles Blatt verfügt. Wenn es sich hier um eine etatsrechtliche und politisch einwandfreie Angelegenheit handelt, warum in aller Welt mußte dann dieser Plan im Dunkel des Amtszimmers ausgebrütet und vor allem dem Reichstag vorenthalten werden? Das Zentrumsorgan weist dann darauf hin, daß das System der offiziellen Blätter im parlamentarisch regierten Staat ein Übel ist. Wir müssen mit der Möglichkeit von Links- und Rechtsregierungen rechnen. Soll da das offizielle Organ jedesmal umschwenken? Wie stellt man sich das eigentlich vor? Welchen Begriff von Journalismus haben die Leute, die auf dieser glorreichen Gedanken verfallen sind? Und schließlich erklärt die „Germania“: „Ein unmöglicher Zustand ist es aber, daß das dem Reich gehörende Blatt aus Gründen reiner Parteipolitik die preussische Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien dauernd attackiert. Dazu sind die Steuerzahler verpflichtet, das völksparteiliche Geschäft unverzüglich rückgängig gemacht wird.“

Die Beschlüsse der sozialistischen Vierländer-Konferenz.

Für rascheste Räumung mit weiterer Einschränkung der deutschen Schulden.

Luxemburg, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Meinungsaustausch, der völlige Übereinstimmung aller Delegationen ergab, wurde von der sozialistischen Vierländer-Konferenz

folgende Resolution einstimmig angenommen:

I. Die am 21. und 22. November 1928 in Luxemburg versammelten Vertreter der belgischen, deutschen, englischen und französischen Sektionen der sozialistischen Arbeiterinternationale stellen mit Genehmigung fest, daß als Ergebnis der Konferenz von London und Locarno, der Völkervereinigung von 1926 in Genf und der Zusammenkunft von Florenz wesentliche Fortschritte in der Verständigung und der Politik der europäischen Völker erzielt worden sind.

Nicht Schuld der Sozialisten war es, daß diese Fortschritte nicht früher und vollständiger verwirklicht wurden. Sie haben alle beteiligten Parteien zu solidarischen Anstrengungen zusammengeführt; allen Angriffen zum Trotz, die allein schon dieses Zusammenwirken jeder einzelnen Partei eintrug, haben sie bereits unmittelbar nach dem Kriege jene Grundtatsache aufgestellt, die ihre Regierungen nur allzu spät und nur unvollständig zur Anwendung gebracht haben.

Der Dawes-Plan ist in seinem nützlichen und gerechten Teil durch den von der Frankfurter Vierländerkonferenz ausgearbeiteten Plan beeinflusst worden. Der Vertrag von Locarno ist dem Protokoll der sozialistischen Zusammenkunft in Berlin im April 1925 entlehnt; Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist durch die Brüsseler Konferenz und den Internationalen Kongress von Marseille im Juli bzw. August 1925 vorbereitet worden.

Heute gestatten die erzielten Ergebnisse und die dadurch geschaffene günstigere Atmosphäre den Sozialisten, eine neue Stufe des Fortschritts ins Auge zu fassen. Sie wollen auch heute durch ihre Initiative und unter ihrem Druck von den Regierungen die notwendigen Entschlüsse erwirken, um

das Werk des Friedens vorwärts zu treiben

und um die Konfliktpunkte zu beseitigen, die noch zwischen Deutschland und Frankreich bestehen; denn die aufrichtige Versöhnung zwischen beiden Ländern bleibt die wesentliche Voraussetzung des europäischen Friedens.

II. Die Resolution der Berliner Konferenz vom April 1923 hatte bereits festgestellt, daß „der Frieden in Europa und die Sicherheit Frankreichs ihre höchste Garantie in einer Stärkung der Republik und der Demokratie in Deutschland haben“. In Deutschland und fast überall in Europa besteht eines der gefährlichsten Hindernisse, die der wirklichen Befriedigung entgegenstehen, noch immer in der Propaganda der reaktionären Parteien und der militaristischen Klauen.

Die Gefahr wird dadurch gesteigert, daß sich faschistische Parteien in verschiedenen Ländern Europas, Italien, Spanien, Ungarn im Besitz der Macht befinden und ihr Regime der Unterdrückung nur aufrecht erhalten können, indem sie wahnwitzige Abenteuer suchen, um nationalistische Instinkte zu fördern und Ablenkung der Volksmassen vom inneren Druck zu finden.

Pflicht einer jeden Sektion der sozialistischen Internationale ist es, den Kampf gegen den Faschismus auf allen Gebieten fortzusetzen und den unterdrückten Proletariaten mit materieller und moralischer Hilfe beizustehen, deren Ringen nicht nur der eigenen Befreiung vom unerträglichen Druck, sondern auch der Befreiung der gesamten Menschheit von einer Gefahr gilt, die den Frieden ständig bedroht.

III. Die wirkliche und dauernde deutsch-französische Annäherung, die für die Festigung des Friedens unerlässlich ist, ist

notwendig das baldige Ende der militärischen Besetzung Deutschlands

ein. Schon auf der Frankfurter Konferenz vom Februar 1922 hatten die in Luxemburg vertretenen Parteien erklärt: „Solche Okkupationen verletzen die Gefühle der Bevölkerung der besetzten Gebiete und verschlingen die von Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgebrauchten Mittel, erzeugen immer von neuem Haß gegenüber den Besetzenden und bringen in sich die Gefahr neuer Konflikte.“

Eine der wesentlichsten Aufgaben der sozialistischen Parteien besteht also darin, eine schnelle Lösung des Problems der Rheinlandsräumung herbeizuführen. Die Ausführung des Dawes-Plans durch Deutschland, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und das Inkrafttreten der Verträge von Locarno gestatten den Regierungen, eine schnelle Lösung dieser Frage ins Auge zu fassen. Es ist die Aufgabe der beteiligten sozialistischen Parteien, diese Lösung der Frage zu beschleunigen und die Schwierigkeiten aller Art zu beseitigen, die sich ihr noch entgegenstellen. Es muß insbesondere vermieden werden, daß finanzielle Schwierigkeiten ein Hindernis für die baldige Räumung bilden, die der internationale Sozialismus für unerlässlich hält.

IV. Sinegen haben die sozialistischen Parteien erkannt, daß die

Räumung des Rheinlandes mit einer befriedigenden Lösung der Abrüstungsfrage praktisch verbunden

ist. Deutschland hat sich verpflichtet, abzurufen „und die Einstellung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“. Die in Versailles vertretenen Regierungen, sowie alle Regierungen, die in den Völkerbund eingetreten sind, haben die feierliche Verpflichtung übernommen diese Rüstungsbeschränkung zu verwirklichen. Die organisierte Arbeiterschaft aller Länder muß die Erfüllung dieses Versprechens mit Entschiedenheit fordern.

Die Luxemburger Konferenz stellt fest, daß nach dem Abschluß der technischen Vorarbeiten die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz nur noch von dem Willen der Regierungen abhängt. Die Konferenz erklärt, daß

jede ungerechtfertigte Verzögerung die schlimmsten Folgen

haben würde. Ein Verlangen des Völkerbundes auf diesem Gebiete müßte zu einer Krise des Völkerbundes führen. Der Völkerbund muß die allgemeine Abrüstung entschlossen und schnellstmöglich in Angriff nehmen und damit die Kontrolle der Abrüstung für alle Völker durchzuführen.

Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs müssen auf ihre Regierungen einen Druck ausüben, damit diese den nötigen guten Willen zeigen, die eine, um die letzten von Deutschland versprochenen Abrüstungsmaßnahmen bald durchzuführen, und die andere, um zu verhindern, daß durch schändliche Forderungen die notwendige Ausführung der internationalen Militärkontrolle hinausgeschoben wird.

Die Kontrolle der deutschen Abrüstung kann in Zukunft nur im Rahmen einer allgemeinen Konvention gedacht werden, die

allen Staaten gleiche Rechte gewährt und gleiche Pflichten auferlegt,

wie übrigens auch die Abrüstung Deutschlands nur denkbar ist, im Hinblick auf die Weltabrüstung.

Bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Gesamtorganisation ausgebaut sein wird, und um die Räumung der rheinischen Gebiete nicht hinauszuzögern, würde es sich empfehlen, daß der Völkerbund eine aus Vertretern von Bundesmitgliedern bestehende zivile Kommission bildet, in der Deutschland vertreten ist. Es darf keine Anstrengung gescheit werden, um zu erreichen, daß in denbar kürzester Frist dies Regime durch ein anderes ersetzt wird, das einen streng vertraglichen Charakter hätte und auf der Grundlage strikter Gegenseitigkeit stehen müßte, um die Feststellungen zu treffen, die notwendig sind, um den Eintritt der Verträge von Locarno am wirksamsten zur Anwendung zu bringen.

V. Die sozialistischen Parteien müssen dafür sorgen, daß im Zusammenhang mit der Lösung des Reichsproblems das Schicksal der Bevölkerung des Saargebietes endgültig und ihrem Willen entsprechend geregelt werde. Es liegt im Interesse seines Landes, die harte Zeit, die der Versailles Vertrag der Saarbevölkerung auferlegt hat, fortzuauern zu lassen. Eine freundschaftliche Regelung, für die alle Voraussetzungen bereits geschaffen sind, würde die deutsch-französische Annäherung wirksam fördern.

VI. Endlich erfordert das Werk der internationalen Versöhnung und Annäherung eine endgültige und vollkommen befriedigende Lösung der Reparations- und Schuldenfrage. Der internationale Sozialismus hat allen Anlaß, auf Grund der Fortschritte, die seine eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiete ermöglicht haben, seine Bemühungen fortzusetzen. Die Erfahrung hat die Nichtigkeit der sozialistischen Ansichten bewiesen, die auf der Konferenz von Frankfurt und auf den Internationalen Kongressen von Hamburg und Marseille durch nachstehende Resolution zum Ausdruck kam:

„Allgemeine Streichung der aus dem Kriege stammenden internationalen Schulden, ausschließliche Verwendung der deutschen Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, Mobilisierung der deutschen Schuld nach Maßgabe der Möglichkeit und Billigkeit.“

Heute lautet das Problem der internationalen Schulden auf dem Wirtschaftsbereich und auf den politischen Beziehungen aller großen Völker. Die Gesamtsumme der deutschen Schuld ist noch nicht festgelegt. Das Fehlen ihrer Mobilisierung hat zur Folge, daß sich nach wie vor ein Schuldenstaat und Gläubigerstaat gegenüberstehen. Gemäß den von ihm stets vertretenen Grundsätzen muß der internationale Sozialismus auf die

Streichung der internationalen Schulden

hinarbeiten, sowie auf die Beschränkung der deutschen Schuld nach dem Wert der tatsächlichen Wiedergutmachung.

Dann kann eine Mobilisierung der deutschen Schuld erfolgen, die eine schnelle finanzielle Befreiung Deutschlands bewirken wird.

VII. Schon die Frankfurter Konferenz hatte erkannt, daß das Reparations- und Schuldenproblem nicht allein die ehemals kriegführenden Länder berührt und daß sie nicht von den allgemeinen Problemen getrennt werden können, von denen alle Völker durch die Nachwirkungen des Krieges betroffen worden sind.

Die Konsolidierung des Friedens hängt zum großen Teil von der Entwicklung des westwirtschaftlichen Solidaritätsgefühls ab. Die Luxemburger Konferenz stellt die wesentlichsten Fortschritte fest, die auf diesem Gebiet in den letzten Monaten erzielt worden sind, deren Notwendigkeit so oft von der Internationale unter Angabe der geeigneten Mittel und Wege betont worden sind.

Aber die sozialistischen Parteien dürfen nicht den Großkapitalisten die Leitung der neuen Welt überlassen, in denen die Besetzung und der Austausch der Güter sich konzentrieren. Sie müssen unablässig kämpfen, um eine größere Beteiligung des Staates und der Arbeiterorganisationen an der Leitung dieser Zentren zu sichern, in denen alle Kräfte der Wirtschaft zusammenlaufen. Sie müssen besonders dafür sorgen, daß unter den neuen Verhältnissen, die die industrielle Entwicklung geschaffen hat, die Löhne und Arbeitsbedingungen geschützt werden. Die Konferenz erinnert die vertretenen Parteien an die Notwendigkeit, in ihren Ländern die

Konkretion des Washingtoner Abkommens über den Nicht-Kundentag

durchzusetzen. Dies ist eines der wichtigsten Mittel, den neuen Ansturm siegreich abzuwehren, den der internationale Kapitalismus auf eine der wertvollsten Errungenschaften des Proletariats unternimmt. Die Konferenz erinnert außerdem an die entsprechenden Beschlüsse der Brüsseler sozialistischen Konferenz vom Januar 1925.

Die Arbeiter dürfen sich nicht von der Wirtschaftskonferenz aufhalten lassen, die der Völkerbund vorbereitet und bei der ihre Interessen so offensichtlich auf dem Spiele stehen. Die Luxemburger Konferenz erachtet die sozialistische Arbeiterinternationale, die mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Verbindung zu stehen, damit eine gemeinsame Zusammenkunft noch vor dem Inkrafttreten der offiziellen Konferenz einberufen werde, um dort die geeigneten Propaganda- und Aktionsmaßnahmen festzulegen.

VIII. Die Luxemburger Konferenz übermittelt die vorstehende Resolution dem Exekutivkomitee der S.A.I. mit der Bitte, sie allen angehörenden Sektionen zur Kenntnis zu geben.

Neues Bekenntnis des Saargebiets zum Deutschtum.

Saarbrücken, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurde in der Sitzung des Saarländischen Landtages von sämtlichen Parteien folgende Erklärung abgegeben:

„Das Saargebiet bekennt sich zum Deutschtum. Es ist davon überzeugt, daß die Befreiung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängt, daß die Streitpunkte zwischen ihnen endlich beseitigt werden. Einer der wichtigsten ist die Frage des Saargebiets. Der Landrat, als die gewählte Vertretung des Saargebietes, hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsche der Bevölkerung feierlich Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde.“

Der Kampf zwischen Italien und Jugoslawien um Albanien.

Paris, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem Zustand, der in Nordalbanien ausgebrochen ist, sehen zahlreiche hiesige Blätter einen Interessenkampf zwischen Italien und Jugoslawien. Der „Paris Soir“ erinnert daran, daß seit Jahren sich Italien und Jugoslawien den Einfluß in Albanien streitig machen und daß die italienische Regierung sich alle Mühe gebe, wieder in den Besitz von Valona zu gelangen, wohingegen Jugoslawien alle Bemühungen mache, sich den großen Adriahafen von Durazzo zu sichern.

Kleine Auslandsnachrichten.

Nationalistische Demonstration in Vianen. Am Sonntag fand, wie die „Litauische Rundschau“ meldet, im Rownoer Volkshaus eine öffentliche Versammlung nationalistischer Studenten statt, die sich mit der fortschreitenden Polonisierung und der bolschewistischen Gefahr in Vianen unter besonderer Berücksichtigung des Vertrages zwischen Litauen und Rußland befaßten sollte. Ein öffentlicher Straßenumzug, der nach der Versammlung geplant war, wurde vom Kreische verboten. Trotz dieses Verbotes verkehrten die Versammlungsteilnehmer die Demonstration durchzuführen. Die Polizei mußte Verstärkungen heranziehen, viele wurden von der schätzungsweise 2000 Personen zählenden Menge tätlich angegriffen. Es kam zu einem heftigen Handgemenge, bis es schließlich der Polizei gelang, die Demonstranten zu zerstreuen. 7 Polizisten sind bei dem Zusammenstoß verletzt worden, 18 Personen wurden verhaftet.

Polizist-Minister Morawjewski und die Sozialisten. Dieser Tage fand eine Sitzung des Zentralen Polizist-Komitees der polnischen Sozialisten statt, in welcher die Antwort des Ministers Morawjewski, aus der Regierung nicht auszutreten, verhandelt wurde. Nach längeren Beratungen wurde beschlossen, die Niederlegung des Abgeordnetenmandats durch Morawjewski sowie den Austritt aus dem Parteirat zur Kenntnis zu nehmen. Die Mitgliedschaft wurde Morawjewski nicht entzogen, doch wurde er vorübergehend als Mitglied der Partei suspendiert. Die endgültige Regelung der Angelegenheit wurde dem Parteirat überlassen. Hierzu schreibt der sozialdemokratische „Robotnik“, daß die Partei diesen Beschluß schon deshalb fassen mußte, um auch keinen Verdacht auf den ausgesprochenen oppositionellen Charakter gegenüber der Regierung fallen zu lassen.

Famile unter den Zedern.

Von Henry Bordeaux.

(Berechtigte Uebersetzung von J. Kunde.)

21 (Nachdruck verboten.)

Sie hat sich mir dar. Ich weiß es gewiß, daß sie sich mir zum Tode darbot. Deutlich hörte ich hinter mir ein Herbeiwiegen. Die Stute des Kaschid-el-Hame, die er mir als das beste Tier seines Stalles geliehen, bezugte ihre Ungeduld. Famile, welche sie wie bestiegen hatte, mußte sie gleich mir hören und sie wiedererkennen. Ich hatte den Kopf ein wenig gehoben, um sie besser ins Auge zu fassen. Man rühmte die Schärfe ihrer Augen; sie ahnte ohne Zweifel unsere Anwesenheit unter den Baumbäumen. Unbestreitbar war es: sie hielt ihr Pferd an und machte Front. Bewegunglos forderte sie uns heraus. Ich schäufte ihre Haltung, wie sie war, und diese Haltung befragte: „Was bedeutet der Tod dem, der liebt?“

Ich lenkte meine Waffe. Sie ritt weiter. Der Zug war wunderbar. Butros empörte meine Unentschlossenheit: „Warum hast du nicht geschossen?“

Ich hatte die nicht töten können, die ich liebte. Butros hätte mich nicht verstanden und ich begnügte mich, zu antworten: „Dein Vater hat dir befohlen, sie lebendig zurückzubringen.“

Und abermals schickte mir mein Freund bei: „Es ist wahr. Aber eine Entfernung aus dem feindlichen Dorfe ist unmöglich. In Tripolis werden wir nach einigen Monaten einen Versuch machen. Keinen wir noch weg. Sie hat uns vielleicht geliebt und man wird uns nachsehen.“

Wir eilten zu Elhas und den Feden und ritten so rasch wie möglich zwischen den Felswänden des Fyruales dahin; die Nacht hatte die letzten Wachen der Dämmerung vertrieben. Über unsere Flucht wurde nicht beunruhigt. Entweder vermochten sie unsere Fährte nicht zu verfolgen oder hatte Famile Schweigen bewahrt.

Während des Nachtrittes — ich überließ mich der Führung meines Tieres — schwebte mir beständig das Bild der weiß-gelblichen Gestalt vor Augen, die in der Nacht des Sonnenunterganges beim Klang der Wüste zum Hause ihres Gemahls zog. Ich dachte an einen Dieb, der die Nacht nach, nach Omar, der ritterliche, jähzornige Gelehrte, Famile ihren Schwager, wie ihre Schwester. Warum hatte ich die Widerweigerung nicht geteilt? Was hätte es mir, wenn ich sie aus Tripolis nach der Räumung entführte? Und doch regte sich ein in meiner Tiefe erst später erkanntes Gefühl wilden Stolzes in mir, weil

ich ihr Leben gespart hatte; es kam mir vor, als wenn mein Schmerz sich veredelt hätte und ihrer Liebe gleichwertig geworden wäre.

Die Halkabeize.

Kaschid-el-Hame bereitete uns einen üblen Empfang. Butros hatte die Besessenen genau wiedergegeben. Er war von Jörn erfüllt wie ein übervoller Weinlauf, den sein Inhalt zu sprengen droht. Wie er erfuhr, daß seine Tochter in die Ehe nach muslimanischem Gebrauch gemißbilligt hatte, und daß wir sie, klumengeschmückt und unter den Klängen der Musik, von weißen Schleieren verhüllt, nach dem Hause ihres Gatten ziehen sahen, da erob er sich mit dem Ausdruck solcher Schmerzen, daß wir glaubten, er würde zum Zeichen seiner Leiden die abaje zerreißen. Die hohe Gestalt mit dem schwarzen Bart und den flammenden Augen, gleich jenen Propheten des alten Testaments, die ohne ein Wimperzucken ihr Blut zum Ruhne des Ewigigen vergossen hatten. War er nicht angehan mit dem ganzen Pomp eines in der gebührenden Amstracht einerschreitenden Hohenpriesters; mit dem Erhob, der Lunke, der Tana, dem goldbesetzten Gürtel, dem seinen Dinnen, dem Hoagisch, dem Purpur und dem zweifach gefärbten Scherlach? So erschien er in all seiner Majestät wie ein Opferpriester. Jähzornig begeherte er auf: „Warum habt ihr sie nicht getötet, ehe sie beudetet wurde? Deshalb liebet ihr sie die Schwelle des Ungläubigen überhreiten? Ihr hattet sie vor dem Gewehr wie einen Eschafal oder Wolf und schielt sie nicht nieder? Ihr seid Feiglinge, unwürdig der ehrenvollen Aufgabe, die ich euch anvertraute: mein Haus zu rächen!“

Sein Redefluß war noch gewaltiger wie sein Jörn. Butros brachste nur ein Wort zu sagen, um sich zu entschuldigen. Ich war veranlaßt zu machen und mir verdankte Famile ihr Leben. Aber Butros war eine zu sozialistische Natur, um einen Kameraden zu verraten. Er lehnte es ab, seine Sache von der meinen zu trennen und als ich Einspruch erheben wollte, rann er mich zu schweigen. Vater, du wollest, daß wir sie lebend herbeiführten.“

Da sie schuldig ist, will ich sie lieber tot wissen.“

Ich erwiderte, als ich diese Verurteilung hörte. Tiefer betroffen als jener, hatte ich Famile; war ich von einer anderen, weniger entschlossenen und ihm verwandtschaftlichen Art? Indessen bekräftigte er wieder Butros:

„Bringte sie mir her und mit meiner Hand werde ich sie töten, da eure Feigheit, den Will der Gerechtigkeit zu verstoßen.“

Im Gebiete von Afrika ist es unmöglich, erklärte Butros. Unsere Anwesenheit kann dort nicht verborgen bleiben. Ein

Gewaltstreik würde dort die Niedermetzelung aller Christen bedeuten. Aber in Tripolis...“

„In Tripolis?“

„Ja, Omar-Bei zieht im Herbst hinunter, um dort den Winter zu verbringen. In Tripolis gestirgt es wohl, wenn man die Wächter des Harems überlisten kann...“

„Ich werde bis dahin warten“, stimmte der Scheik zu. „Aber die Abtrünnige muß sterben.“ Ich wagte einen Wortschlag.

Omar, der Verführer ist schuldiger als sie. Ich biete dir sein Blut für ihres.“

„Nein, nein!“ lautete die Antwort. „Omar ist weder an seinem Glauben noch an seiner Rasse zum Verräter geworden. Das Verbrechen meiner Tochter kann nur hier gelöhnt werden. Das Wasser vermag die Flecken von einem Kleide zu tilgen, aber nicht das Herz eines Sünders rein zu waschen.“

Er verließ uns. Butros war niedergeschlagen, wie ein Soldat, der den Tadel seines Vorgesetzten verdient hat, und mich entsetzte eine solche Anwendung der väterlichen Macht. Wir hörten Schritte aus dem Zimmer nebenan. Ohne Zweifel schickte er die Mutter und die Schwester Familes rüchloslos von dem der Familie angekauften Schimpf in Kenntnis. Die Frauen schienen die Entlohnene verteidigen zu wollen; aber ein Nachwort des Scheiks ließ sie schweigen.

Butros stand in Gedanken verloren da; in mir wachte das Bild der mit Omar vereinigten Famile das Begehren, zu töten. „Der Vater ist zornig“, sagte Butros. „Er hat recht. Das Vergehen muß hier gelöhnt werden.“

„In Tripolis?“

„Wann?“

„Überlaß das mir!“

Ich versagte ihm nicht wieder über sein Vorhaben, das uns beide anging. Tage, Wochen, selbst Monate verstrichen. Der Priester von Bescherre, mit dem Beinamen der „Kapitän“ suchte mich zu umgarnen, mich dahin zu bringen, daß ich seine Tochter Safia freien sollte. Ich widersahnd seinen Redungen und dem des jungen Mädchens, das er, schamlos seine Priesterwürde verlassend, beeinflusste. Meine Mutter neigte ihnen zu, aber sie unterstützte unerschrocken meinen Kult für den Flüchtling, denn sie sah täglich Myrtem, die Frau des Kaschid-el-Hame, die sich vor Schmach verzehrte und von nichts anderem als von Famile sprach. Wanta, die jüngere Schwester, ging oft in der Richtung auf Ethen. Die Straße nach Ethen ist auch der Weg nach Afrika. (Fortsetzung folgt.)

Der Fall Bosel.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Nun ist auch der zweite von unseren Königen der Nation, auf die unsere Bourgeoisie so stolz war, den Weg des neuen Reichthums gegangen. Sigmund Bosel, der als der reichste Mann Oesterreichs galt, hat seinen Rivalen der Camillo Castiglioni nur um zwei Jahre überlebt. Als Castiglioni vor genau zwei Jahren an den Folgen der mickrigen Frankenspekulation zugrunde ging, stand Bosel noch aufrecht. Ja, er verstand es, der Deffentlichkeit vorzutäuschen, daß er an der Frankenspekulation sich noch bereichert habe. In Wirklichkeit war aber auch Bosel ein Opfer des Frankenspekulationswesens, und er hat die Deffentlichkeit nur darum zu täuschen vermocht, weil die Christlichsozialen ein Interesse daran hatten, ihn dabei zu unterstützen. Hatten sie doch eben erst ein eigenes Gesetz beschloffen, durch das ihm ein staatlicher Baugrund gegenüber dem Ministerium des Reichthums verkauft wurde, wogegen er sich verpflichtete, neben seinem Palast auch ein Gebäude für das staatliche Zentralarchiv zu errichten! Und hatte ihn doch eben erst ihr Kanzler Dr. Seipel als Mäzen gepriesen, weil er der Universität einige Millionen versprochen hatte — die er aber nie gegeben hat. Dazu kommt aber als wichtigster Grund, der erst jetzt durch die parlamentarische Untersuchung festgestellt wurde, die sich auf die christlichsozialen Bankstandale erstreckte, im Zusammenhang damit aber sich auch auf die Gebahrung der Postsparkasse ausdehnen mußte, weil festgestellt worden war, daß zur Sanierung der verkrachten christlichsozialen Banken die Postsparkasse von der Regierung herangezogen worden war.

Bei den Erhebungen, die darauf über die Gebahrung der Postsparkasse eingeleitet wurden, kam nun heraus, daß die Postsparkasse ein Defizit von 110 Millionen Schilling (das sind 66 Millionen Goldmark) hat, daß sie also fast ihr ganzes Vermögen verloren hat. Sie hat nämlich — nicht etwa nur zur Stützung der faulen Banken, die durch den Zusammenbruch der Frankenspekulation in Bedrängnis geraten waren, auch des Herrn Bosel — sondern zur Finanzierung dieser Frankenspekulation diesen Banken und auch Herrn Bosel hunderte Millionen Schilling geborgt und dabei ihr Geld verloren. Sie hat in den Jahren 1922 bis 1925 Bosel 160 Millionen Schilling geborgt, von denen er den weitaus größten Teil, nämlich 155 Millionen, noch schuldig ist. Der größere Teil ist in den Jahren 1923 bis anfangs 1924, also vor dem Zusammenbruch der Frankenspekulation, geborgt worden, direkt zur Finanzierung dieser Spekulation. Freilich verliert die Postsparkasse dieses Geld nicht — denn für die Postsparkasse haftet nach dem Gesetz der Staat. Die Einleger der Postsparkasse können also beruhigt sein, denn die Steuerzahler haften ihnen für ihre Einlagen. Das Erschreckende darin ist aber nicht nur, daß die staatliche Postsparkasse Herrn Bosel so viel Geld geborgt und so viel dabei verloren hat, sondern daß, wie jetzt festgestellt wurde, die Postsparkasse an diesen Spekulationen mit beteiligt war, weiter, daß auch der Finanzminister nicht nur auf dem Umweg über die Postsparkasse, sondern auch direkt aus den Kassabeständen Bosel 2 700 000 Schilling geborgt hat und zwar auch in der Zeit vor dem Zusammenbruch der Frankenspekulation, also zum Zweck dieser Spekulation. Wenn man dazu noch nimmt, daß der Verlust, den der Staat bei der Zentralbank erleidet, weit höher ist, als anfänglich angenommen wurde, daß der Staat außer den 62 Millionen Schilling, die er der Zentralbank bereits gegeben hat, noch weitere 35 Millionen Schilling aus der übernommenen Haftung für die Schulden der Zentralbank wird bezahlen müssen — bekommt man einen Ueberblick darüber, wie die christlichsozialen Regierungen mit den Staatsgeldern gewirtschaftet haben. Denn an diesen Skandalen waren alle christlichsozialen Regierungen beteiligt. Wie an der Vergabung von Staatsgeldern für die Zentralbank der Bundeskanzler Kamek und der Finanzminister Kollmann, so waren an den Geschäften mit Bosel sowohl Seipel als Kamek, und von den Finanzministern Kienböck und Threxer, als Handelsminister, dessen Ressort die Postsparkasse untersteht, der Großdeutsche Dr. Schürff beteiligt.

Um nun die Deffentlichkeit über die Verantwortlichkeit und Mitschuld der beiden bürgerlichen Parteien zu täuschen, haben die Christlichsozialen versucht, eine Verbindung zwischen Bosel und den Sozialdemokraten herzustellen, damit die Deffentlichkeit glaube, daß die Sozialdemokraten Bosel die Beziehungen zur Postsparkasse eröffnet hätten. Die Beziehungen zwischen Bosel und der Sozialdemokratie sind aber die denkbar unversänglichsten. Die Hammerbrotwerke — die Brotfabrik der Arbeitergenossenschaften — hatten vom Frieden her eine Schuld von rund zwei Millionen holländische Gulden, die sie schwer drückte. Sie liehen sich dieses Geld von Bosel aus, wofür sie ihm als Sicherstellung zwei Fünftel der Aktien der Aktiengesellschaft, in die die Genossenschaft der Hammerbrotwerke umgewandelt wurde, übergaben. Auch zwei Fünftel der Siege im Vorstand bekam Bosel, so daß also die von der Partei bestellten Funktionäre allein zu entscheiden hatten. Als aber die Brotwerke trotzdem nicht zu halten waren, verkaufte sie die Partei ganz an Bosel. Das sind die ganzen Beziehungen, die die Partei zu Bosel hatte — während die bürgerlichen Parteien ihm ihren ganzen Einfluß und die Gelder des Staates für seine Finanzgeschäfte zur Verfügung stellten.

Jetzt freilich möchten sie es nicht wahr haben, daß sie sich so tief mit Bosel eingelassen haben, sie, die Antisemiten mit dem Ostjuden Bosel. Aber das ist ja das Charakteristische an allen der Finanzskandalen, die jetzt aufgedeckt wurden, daß sie die innige Verbindung zwischen den jüdischen Finanzkapitalisten, zwischen den jüdischen Schiebern und den antisemitischen Parteien, den Christlichsozialen und Großdeutschen, enthüllt haben. Wie Castiglioni, so war auch Bosel eine Fierde nicht nur der neubürgerlichen Gesellschaft, sondern auch eine Stütze der bürgerlichen Parteien, ein Freund der Christlichsozialen Führer. Ihnen, wie allen jüdischen und christlichsozialen Kapitalisten, stellten sie bedenkenlos die Mittel des Staates zur Verfügung, ihm opfereten sie bedenkenlos ihre antisemitisch-antikapitalistischen Anschauungen, ihm opfereten sie ihre politischen Grundsätze, ihre politische Ehre. Glaubten sie doch, daß diese neue kapitalistische Gesellschaft instand sein werde, die den Siegesmarsch des Sozialismus aufzuhalten.

Roman Dmowski, einer der Führer und Mitbegründer der Nationaldemokratischen Partei Polens, ist aus dieser Partei ausgestiegen, ein Ereignis, das in allen politischen Kreisen lebhaft besprochen wird. Dieser Schritt ist die Folge der schon seit einiger Zeit immer deutlicher zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Dmowski und seiner Partei, die dadurch entstanden waren, daß die Nationaldemokraten nach dem Staatsstreich im Mai mehr und mehr Reaktionen zeigten, der Wilschki-Regierung Konzessionen zu machen, während Dmowski davon nichts wissen wollte, und starr an dem alten Parteiprogramm festhielt.

Der neue Entlastungszeuge für Hölz.

Der Bergmann Erich Friebe hat zur Entlastung von Max Hölz, der seinerzeit wegen Tötung des Gutsherrn Hef mit mitleidigen Kommunisten-Ausschuss zu hoher Zuchthausstrafe verurteilt worden war, an den Amnestieausschuss ein Schreiben gerichtet, in dem er sich als den eigentlichen Täter bezeichnet und sein Geständnis eingehend darlegt. Friebe schildert in diesem Schreiben zunächst die näheren Umstände, unter denen sich die Ermordung Hef' abspielte.

Es war Ende März 1921. Hölz' Truppen verführten, von Gröbers in Sachsen kommend, den Gutshof Hölz, Friebe ging mit Hölz zum Requirieren in das Haus. Hölz trat hier mit Hef an einen Kleiderständer heran, der auf dem Flur stand. Hef sagte bei dieser Gelegenheit zu Hölz, er wolle die Schlüssel zu dem Schrank von unten heraufholen. Darauf sprang er in auffälliger Eile die Treppe hinunter. Friebe sprang ihm nach, da er glaubte, Hef wolle flüchten. „Während des Hinanpringens“, so schildert Friebe, „zog ich meinen Browning aus dem Gürtel. Hölz schrie mir mit lauter Stimme nach: „Nicht schießen!“ Hef hatte inzwischen die Haustür passiert, aber nicht den Eingang, durch den wir das Haus betreten hatten, sondern die Tür, die nach dem zweiten Hofe führt. Als ich, hinter Hef herlaufend, durch den gleichen Ausgang ins Freie gekommen war, lief Hef in rasendem Tempo durch den zweiten Hof in der Richtung auf die Mauer und zwar auf die Ausfahrt zu, die nach dem Felde führt. Ich hatte das bestimmte Gefühl, daß Hef flüchten wollte, um uns irgend eine Falle zu stellen, und legte mit dem Browning auf ihn an, um ihn durch eine Verletzung zu Fall zu bringen. Ich traf ihn auch in den Rücken. Hef kam im gleichen Augenblick auf einem niedrigen Misthaufen zusammen. Zwischenburch hatte sich der Hund des Hef bemerkbar gemacht. Auf diesen Hund wurden plötzlich mehrere Schüsse abgefeuert und zu gleicher Zeit wurde auch von einer anderen Stelle aus auf Hef geschossen, ohne ihn zu treffen. Viele Schüsse kamen wahrscheinlich von der nach der Straße zu gelegenen Mauer des zweiten Hofes. Hölz kann bei diesen Schüssen unmöglich beteiligt gewesen sein, weil er nur durch dieselbe Tür wie ich in den zweiten Hof hätte gelangen können. Hef hatte sich inzwischen wieder erhoben und trug seinen Browning jetzt deutlich sichtbar in der Hand. Ich hatte meinen Karabiner gelodert, da kam Frau Hef aus dem Hause und rief: „Was hat denn mein Mann eigentlich getan? Laßt mir meinen Mann zufließen!“ Ich zog mich von der Frau los und stieß sie in hoher Erregung zurück ins Haus. Hef war inzwischen zu Boden gesunken und wandte sich. Er rief, wir sollten ihn zufließen lassen. Ich war jedoch wahnsinnig erregt durch die Vorläufigkeit der letzten Tage und die erlittenen Mißhandlungen und knallte noch einmal in sinnloser Wut auf Hef, worauf dieser verschied. Andere Schüsse auf Hef sind nicht mehr abgegeben worden.

Gleichzeitig mit dem Schreiben von Friebe ist von dem früheren Hauptbelastungszeugen, dem Schlosser Uebe, ein Schreiben an den Ausschuss gerichtet worden, in welchem der Zeuge erklärt, er habe heute die feste Ueberzeugung, daß Hölz im Falle Hef' unschuldig verurteilt worden sei. Er zweifelt nicht mehr daran, daß Friebe der Täter sei. Ihm liege lediglich an der Aufklärung des Sachverhalts; er sei politisch nicht organisiert und parteipolitisch in keiner Weise interessiert. Der Amnestieausschuss, der am Montag zusammenzutreten sollte, mußte sich, da einige Mitglieder des Ausschusses verhindert waren, auf Sonnabend, den 27. November, vertagen.

Aus dem Reiche.

Der Auswärtige Ausschuss trat am Montag nachmittags unter dem Vorsitz des Abg. Herzog (Dnat.) zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme eines Berichts des Untersuchungsausschusses des Auswärtigen Ausschusses zur Frage der Militärkontrolle, die Beratung eines Entwurfs eines Gesetzes über den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, sowie die Beratung polnischer Fragen, einschließlich der Forderung eines Grenzvertrages über den deutsch-polnischen Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse und der Beratung eines Gesetzentwurfs wegen eines Abkommens über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Freien Stadt Danzig andererseits. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Reichsaußenminister die an anderer Stelle wiedergegebene Erklärung über die Militärkontrolle nach einer langen Debatte über die Militärkontrolle, die Beratung über den zweiten Punkt der Tagesordnung, den deutsch-niederländischen und den deutsch-belgischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag einer hierfür besonders anzuempfehlenden Sitzung vorzubehalten. Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfs über den deutsch-polnischen Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse und des Abkommens betr. den gegenseitigen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Freien Stadt Danzig andererseits. Beide Vorlagen wurden vom Auswärtigen Ausschuss angenommen.

Aus der Preussischen Unterrichtsverwaltung. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, sind ernannt worden: Oberfinanzrat Dr. Frank zum Ministerialrat im Preussischen Kultusministerium, der Pressereferent im Kultusministerium Dr. Benede zum Regierungsrat daselbst, der Regierungsrat Schneidewitz von der Regierung in Kassel zum Regierungsrat im Kultusministerium, Oberregierungsrat Hane zum Ministerialrat im Kultusministerium, der bisherige Bibliothekar an der Universitätsbibliothek in Berlin Dr. Rohde zum Direktor an der Universitätsbibliothek in Marburg, Seminar- und Oberlehrer i. e. R. Schmidt aus Leobsdorf zum Schulrat in Schlochau, Regierungsbeirat Schneidewitz. Ferner wurden ernannt: Studien-Direktor Dr. Uher vom Staatlichen Gymnasium Carolinum in Osnabrück zum Oberstudienrat am Staatlichen St. Matthias-Gymnasium in Breslau, die Studienrätin Dr. Heinemann an der Holstenschule in Waldenburg zur Oberstudienrätin daselbst.

Aus aller Welt.

Internationale Beethoven-Fest in Wien.

Aus Wien wird uns geschrieben: In Wien wird vom 28. bis 31. März 1927 unter dem Ehrenschutz des Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch eine große Beethoven-Jubiläumfeier veranstaltet werden. Hund und Stadt Wien haben sich vereinigt, um den Gästen ein des Meisters würdiges Fest zu bieten. Die Wiener Beethovenfeier trägt internationalen Charakter. Für den Bezug der Karten ist der Termin der Anmeldung maßgebend, die an das Bundesministerium für Unterricht, Wien I, Minoritenplatz 5, Beethoven-Jubiläum, Telegrammadresse: Unterrichtsministerium Wien, zu richten ist.

Raubmörder Schröders Hinrichtung vor Gericht.

In seinem zweiten Prozeß wegen Morderei und Fluchtversuchs erhielt der Magdeburger Raubmörder Schröder drei Jahre Zuchthaus und Säulze zwei Jahre Zuchthaus.

Ein 16jähriger Fassadenkletterer.

Das Ueberfallkommando Karlsdorf bei Berlin nahm in der Nacht vom Montag zwei Männer fest, die die Fassade einer Villa emporgeklettert waren. Der eine war der 26 Jahre alte Heinrich Hoehel, der andere nannte sich Walter Kohde und hatte auch Papiere auf diesen Namen bei sich. Die Kriminalpolizei entlarvte ihn jedoch als den 16 Jahre alten, vielfach vorbestraften Hubert Timm, dem nicht weniger als 15 Fassadenklettereien und drei Wohnungseinbrüche zur Last fallen.

Nach acht Jahren wegen Mordverdacht verhaftet.

In Carnix, einem Ort in der Lüneburger Heide, ist man nach acht Jahren einem Mord auf die Spur gekommen, den der Mauerer Rehbein an seinen Kindern von 2 und 4 Jahren und seinem 70 Jahre alten Vater begangen hat. Rehbein wurde verhaftet.

Ein roher Liebhaber.

Auf einer Chaussee bei Berlin war am Sonntag ein junger Mann mit seiner Braut im Streit geraten, weil das Mädchen das Verhältnis lösen wollte. Als sie trotz allen Zuredens bei ihrem Vorhaben blieb, warf der Liebhaber das Mädchen vor ein in voller Fahrt vorbeifahrendes Motorrad. Der Motorradfahrer stürzte und zog sich einen schweren Schädelbruch zu; auch das Mädchen mußte schwerverletzt nach dem Krankenhaus überführt werden. Der Täter ist geflohen.

Dammbruch zwischen Stettin und Neubrandenburg.

Am Montag früh ist auf der Straße Neubrandenburg-Stettin zwischen den Stationen Sponholz und Nehla, etwa 10 Kilometer von Neubrandenburg entfernt, der Bahndamm weggerutscht, so daß die Gleise auf etwa 80 Meter in der Luft hängen. Bei diesem Erdbeben, der nach der Durchfahrt eines Personenzuges eintrat, verschwanden etwa 2500 Kubikmeter Erde. Der gewaltige Dammbruch wurde rechtzeitig bemerkt und die benachbarten Stationen benachrichtigt, so daß der morgens gegen 1/7 Uhr fällige Zug angehalten wurde. Der Verkehr wird durch Pendelbetrieb aufrechterhalten.

Vor Schreck das Gehör wiedererlangt.

In Buchbach in Hessen stieß ein Kaufmann, der schon seit mehreren Jahren das Gehör verloren hatte, mit dem Kopf gegen den Schalter einer elektrischen Leitung. Anschließend durch den Schreck hat er im selben Augenblick das Gehör wiedererlangt.

Eine keine Statistik.

In der Stadt Danzig wurden im Jahre 1921 wegen Trunkenheit verhaftet 875 Männer und 61 Frauen, im Jahre 1922 waren es 1253 Männer und 133 Frauen, im Jahre 1923 2285 Männer und 134 Frauen, von Januar bis Oktober 1924 2490 Männer und 116 Frauen. Ähnliche Zahlen ergeben sich auch in den reichsdeutschen Städten. Und da behauptet das Alkoholkapital noch, in Deutschland gebe es keine Alkoholgefahr!

544 000 Kraftfahrzeuge in Deutschland.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich ist nach der am 1. Juli durchgeführten Zählung von 425 790 im Jahre 1925 auf 544 894 im Jahre 1926, also um rund 25 Prozent, gestiegen. An erster Stelle stehen die Großkraftwagen mit 286 387 (1925: 181 508), ihnen folgen die Personenkraftwagen mit 206 456 (1925: 174 665); darunter befinden sich 20 392 (13 784) Droschken und öffentliche Verkehrsmittel. Die Zahl der Lastkraftwagen betrug 90 019 (80 363), die der Zugmaschinen 10 263 (7731). Außerdem waren noch 1769 (1523) Feuerlöschwagen und Straßenreinigungsmaschinen vorhanden.

Tragödie auf der italienischen Felseninsel.

Die italienische kleine Insel Gaiola beherbergt ein Sanatorium des Bafeler Arztes Dr. Otto Gruembach. Das festliche Eiland ist mit der Küste durch eine primitive Schwebeseilbahn verbunden. In einer der letzten Nächte riß bei heftigem Sturm das Seil, als die Baronin Helene Parisch, eine Nichte des Fürsten Bülow, übersehen wollte. Sie hatte zusammen mit Dr. Gruembach Neapel besucht, von wo beide spät abends zurückkehrten. Der Arzt fuhr zuerst mit der Schwebeseilbahn hinüber und erwartete die Baronin am Strande. Bei der zweiten Fahrt ereignete sich dann das Unglück, wobei die Baronin mit dem Korb ins Meer stürzte. Es gelang ihr zwar zunächst noch, einer Welle des Arztes nachzutommen und sich an dem gerissenen Drahtseil festzuhalten. Kurz darauf wurde sie jedoch von einer hohen Woge mitgerissen. Vergebens suchte Dr. Gruembach mit einer Laterne den Strand ab, um die Verunglückte aufzufinden. Die Leiche der Baronin wurde später bei Santa Lucia von Fischern geborgen. Infolge des hohen Seeganges gelang es erst nach einigen Tagen, nach der Insel überzugehen. Hier fand man Dr. Gruembach in seinem Arbeitszimmer tot auf. Er hatte in der Verzweiflung über das Unglück sich mit einem Revolvergeschuß getötet.

4711 Cold Cream & Matt-Creme

Entzücken erweckt

der vornehm-matte Ton einer gepflegten Haut. Bei allabendlicher Reinigung mit "4711" Cold Cream tritt zarte Schönheit wunderbar hervor. Am Morgen legt "4711" Matt-Creme der reinen Glätte den letzten, wundervollen Schmelz der Anmut auf.

Nur echt mit der gen. gesch. 4711 (Eig. Schutz-Mark)

In Apotheken und Drogerien

Wester- u. Mantelstoff-Reste

Durch meine bedeutende Selbstanfertigung von guten Damenmänteln haben sich wieder eine große Menge Reste von Coupons gesammelt, welche ich zu unglaublich billigen Preisen abgebe.

Nur soweit Vorrat - Nur an Private - Nie wiederkehrender

Gelegenheitskauf

Prima Reinwollene Velour de laine **555**
 Reste verschiedene Farben, 2 bis 3 1/2 m Länge
 Einheitspreis per Meter

N. Berger, Ring 45.

Reinwoll. Flauch- und Velour-Mouline Reste 1 1/2 bis 3 m Länge auch glattfarbig Einheitspreis per Meter 2	Gute Westerstoffe mit angewebtem Futter für Herr- u. Kind. Wester 1 1/2 bis 3 m Länge. Einheitspreis p. Mtr. 3 35	Gute Westerkleidung in verschied. Farb. sämtl. 140 cm brt., 2 bis 3 1/2 m Länge. Einheitspreis per Mtr. 4 35
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Stadttheater
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 Die Zaubertöte.
 Mittwoch, 8 Uhr:
 Abonnements-Vorstellung.
 Serie B 7
 „Zur und Zimmermann“
 Donnerstag, 8 Uhr:
 „Lobse“

Weihnachtsmesse
 des „Dreslauer Kunsthandwerk“
 und des „Verbandes Schief. Textil-Künstlerinnen“
 14497
 Verkaufsausstellung vom 22. November bis 31. Dezember
 Geschäftszeit: 6 bis 1/2 2 und 3 bis 7 Uhr

Schauspielhaus.
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 36 300.
 Täglich 8 Uhr:
 „Die Ziehus-Prinzessin“
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 In neuer Einstudierung!
 „Die Südker-Geißel“

„Im Paradies der Kinder“
 Ausstellungsgebäude Scheitnig
 Letzte Woche, Schluß 28. November.
 Dienstag, nachmittags 5,15 Uhr:
Märchenvorlesungen
 Mittwoch, nachmittags 5,15 Uhr:
Brasl. Handpuppenspiele
 Geöffnet von 10-6 Uhr
 Erwachsene 60 Pl. ; Kinder 30 Pl.
 Vorverkauf: Barasch, Verkehrsamt.

Lobe-Theater
 Tel. Ring 6774
 Dienstag, Mittwoch, abends 8 Uhr:
Phantasmagorie der Liebe
 Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr:
 „Maria Stuart“
Thalia-Theater
 Tel. Ring 6700
 Dienstag, Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Der Geldherrnhügel

Stottern und Nervosität
 beseitigt
Adolf Heinrich, Fachheilkundiger.
 Sprechzeit jeden Tag von 2 bis 7 Uhr
 Seifingstraße 10 bei Zedler, Gartenhaus 3. Stod.

Lieblich-Theater
 Tel.: Stephan 34 646
 Täglich 8 Uhr!
 Der Sensations-Erfolg:

Du Ponts
 und das lustige
Variété-Programm.
 Billige Eintrittspreise von 50 Pl. an
 Jeden Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Familien- und Kinder-Vorstellung.
 Das volle Programm zu ermäßigten Preisen
 Vorverkauf unterbrochen am 4. Theaterkassens
 Verkehrsamt Barasch.
 14478

Direkt aus der Fabrik
 ohne jeden Zwischenhandel liefern wir Meisterwerke der deutschen Destillierkunst in untenbezeichneten 5 Geschäften

Breslauer 35% Ltr.	2 ¹⁰
Weinbrand-Verschnitt 2.80	
Weinbrand 5.-, 4.-, 3.50	
Jamaika-Rum-Verschn. 3.-, 4.-, 3.50	3 ⁰⁰
Liköre per Liter	3 ⁰⁰ Mark
Stonsdorfer, Rosen, Ingwer, Kümmel, Pfefferminz, Kirsche, Bergamotte usw.	
Edel-Liköre per Liter	3 ⁰⁰
Bist- und Goldorange, Sherry-Brandy, Goldwasser, Prünelle, Caracao, Allasch, Kakao, Abtei (Benediktiner) usw.	
96% Monopol-Alkohol	4.80

Dampf-Destillierwerk Herzberg & Co.
 Fabrik Höfchenstraße 48,
 Bücherplatz 20, Michaelistraße 3,
 Klosterstraße 64, Leuthenstraße 10.

HALLO! 10% Rabatt!

Durch das ständige Wachsen unseres Kundentreffes sind unsere Verkaufsräume zu klein geworden und erweitern wir dieselben durch Hinzunahme der

1. Etage.

Während des Umbaues der nur kurze Zeit dauert, geben wir auf jeden Einkauf

10% Rabatt!

Heinrich's Konfektions-Haus
 Reufche
 Str. 11/12 Breslau

Spezial-Geschäft für Damen- und Mädchen-Bekleidung

Wollserge
 Nr. 90 Pl. b. 3.00 Mtr., Mittel
 Nr. 48-90 Pl., Weisswand
 Nr. 35 Pl. b. 1.20 Mtr., Garn
 1000 Mtr. 30-70 Pl., Seft-
 garn 20 Gramm 10 Pl.,
 Schweißstiel 100 Paar 2.00 b.
 3.00 Mtr., Wermelhalter Mtr.
 55 Pl. b. 1.40 Mtr., Semden-
 tuch Mtr. 45-80 Pl., Wattle-
 line Mtr. 2 Mtr.
 Detail und Export
Bertold Lippert
 Heinrichstraße 16.

Leihweise elegante
Rad- und Smoing- Anzüge
A. Patalong
 Schneidemeister
 Bischofstraße 3.

Cafe Goldene Krone
 RING-ECKE OHLAUER STR.
 Großes Familienkonzert Cafe Breslaus.
 KONZERTBEGINN 4 1/2 UHR - 12 BILLARDS

Jed. Pfaffen-Raucher
 kauft Stamp.-Abzchn.
 Fenster Uebersee-Tabak
 Probe-Düre 50 Pl.
C. Kretschmer Schmiede-
 brücke 29b

Druckerei Volkswacht
 BRESLAU 2
 Flurstraße 4/6
 übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Bedienung u. schnellster Lieferung.
 Spezialität:
Massenanlagen
 (Rotationsdruck)

Dr. Senftner-Brot
 Gegen einen frühen Tod
 Schützt dich
 Dr. Senftner Brot
 Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungsmittel gegen Aderverkalkung und Lungenleiden. Dr. Senftner-Brot, durch Autoritäten glänzend begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht von anderem Brot.
 Zu haben in allen durch Plakate gekennzeichneten Bäckereien u. Verkaufsstellen.

Lachen links!
 Das Witzblatt der Republik
 Blatt 25 Pfennige.
Joppen
 in großer Auswahl, sehr preiswert
Gskar Deimel
 Neumarkt 43.

Biochemie
 Dr. med. Schüller
 Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17:
Mitglieder-Versammlung
 und anschließend Lichtbilder-Vortrag des Herrn Larsen-Berlin über:
Infektionskrankheiten mit besonderer Behandlung der Kinder-Krankheiten.
 Mitglieder frei! Gäste 20 Pl.
Biochemischer Verein Breslau, gegr. 1913 (E. V.)
 Gemeinnütziger Verein zur Hebung der Volkswohlfaht durch Dr. med. Schüllers Mineralstofflehre.
 Maschinger, 1. Vor.

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernet die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird.
David: Referentenführer. Eine Anleitung für sozialistische Redner. Preis nur 50 Pl., auswärts 10 Pl. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung (Moderne Antiquariat)
 Breslau III, Neue Grapenstr. 6.

Gaststätte zum Mond
 heißt das seit Jahrzehnten in unserem Fabrikgrundstück, Sonnenstraße 37, bestehende Lokal. Nach erfolgtem vollständigem Um- und Ausbau
heute Eröffnung!

A. Braun

Geltonen-Ausschank von „Mond-Extra“ - vorzüglicher Brantwein.

25jähr. Bestehen
 des Lokals. Eigene Fabrikate, gut gepflegte Biere, Wurst- und Fleischwaren eigener Schlachtung, kalte und warme Küche. - Vereinszimmer. - Musikalische Unterhaltung.
Sonnenstraße 37

Der Zeitungsversicherungsschwindel.

Ein Leser des „Freie Abend“ berichtet uns über den von diesem Blatt betriebenen Versicherungsschwindel. Durch das Abonnement des Blattes soll der Leser bei natürlichem Tode innerhalb fünf Jahren mit 325 Mark und bei tödlichem Unglücksfall innerhalb einem Jahre mit 125 Mark versichert sein. Vor kurzem erschien der Agent Max Werner, Michaelstraße 32, der bei der Versicherungsfirma Schneider, Ernststraße 5, angestellt ist, bei unserem Gewährmann, und legte ihm eine Versicherungspolice der Zeitschrift „Land und Leute“ zur Unterschrift vor, die im nächsten Heft erscheint. Der Agent gab an, daß der Leser auf Grund seines Abonnements des „Freie Abend“ bereits nach vier Wochen in den Genuss der Versicherung komme. Unter Gewährmann wollte die Police durchlesen; der Agent sagte aber: „Meine Angaben beruhen auf Wahrheit (er hatte noch angegeben, daß bei tödlichem Unglücksfall 325 Mark zur Auszahlung kämen) unterschreiben Sie jetzt (der Betreffende war beim Essen) Sie machen das Papier fertig.“

Der Versicherungsnehmer ließ sich beduhen, unterschrieb und zahlte 2,05 Mark als Prämie, mußte aber noch fünfzig Pfennig der Police feststellen, daß alle Angaben des Agenten wahr sind. Der Betreffende ging zur Firma Schneider und verlangte sein Geld zurück, was ihm zunächst verweigert wurde, da er ja durch seine Unterschrift gebunden sei. Die Firma nannte ihren eigenen Angestellten einen Betrüger, der der Polizei übergeben werden müsse. Die von diesem behauptete Genehmigung der Versicherung durch das Reichsministerium bestünde nicht. Schließlich ließ sich die Firma zu der Zahlung herbei, das Geld durch die Zeitungsfirma dem Abnehmer zurückzugeben. Als dieser aber das Geld nicht erhielt, ging er noch einmal auf das Büro, wo ihm endlich auf sein Drängen das Geld herausgegeben wurde. Der Agent ist der Polizei gemeldet worden, zumal er noch andere Leute geschädigt hat. — Das ist der Nutzen einer Zeitungsversicherung. Arbeiter, versichert auch nur bei extrem eigenen Unternehmen, der „Volksfürsorge“.

Zum Schließlichen Abend

am Mittwoch sind noch bei einzelnen Gewerkschaften und in den anderen bekannten Stellen wie auch an der Abendkasse Programme zu haben. Wir weisen heute noch einmal auf diese Veranstaltung hin. Jeder Teilnehmer wird einen Abend gemittelt Humors erleben.

Bedeutender Aufschwung

in der Entwicklung der Breslauer Volkshochschule.

In der Breslauer Volkshochschule ist ein neuer starker Entwicklungsaufstieg zu verzeichnen. Die Belegungen erreichen in diesem Winter die Zahl 3000. Diese Belegungen verteilen sich auf 81 Arbeitsgemeinschaften. Für den Lehrkörper der Volkshochschule stehen zur Verfügung: 13 Hochschullehrer, 21 Oberlehrer, 12 Seminarlehrer, 12 Seminarlehrer, 10 weibliche Beider Konfessionen, 16 Angehörige freier Berufe. Davon sind jeweilig etwa 45 tätig.

Generalversammlung des Reichsbanners.

Am Dienstag, den 16. November, hielt der Ortsverein Breslau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß seine diesjährige Generalversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab, die von Delegierten aller Banner vollständig besucht war.

Um 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende Kamerad Alexander die Versammlung, die die Erschienenen herzlich willkommen und gebachte zunächst der 22 im Berichtsjahre verstorbenen Kameraden, ihnen von dieser Stelle nochmals den Dank für ihre treue Mitgliedschaft ausbreitend. Die Versammlung hatte sich zu Ehren der Verstorbenen von den Vätern erhoben. Nunmehr erhielt zum Geschäftsbericht der Ortsleiter, Kamerad Schulz, das Wort, der in halbstündigen Ausführungen das Leben des Ortsvereins den Versammelten vor Augen führte, den Dank des gesamten Vorstandes an alle Funktionäre und Kameraden für geleistete treue Arbeit zum Ausdruck brachte und mit Genugtuung feststellte, daß der Ortsverein heute auf einem gut organisierten, überaus fruchtbareren, opferfreudigen Stamm von Kameraden ruht, der gewillt ist jedem Versuche, die heutige Staatsform zu befestigen, selbst mit Aufopferung seines Lebens entgegenzutreten. Er schloß seine Ausführungen mit der Bitte, auch im neuen Geschäftsjahre in zäher Ausdauer mitzuwirken am großen Werke des Aufbaues unserer Deutschen Republik und ließ seine Worte ausklingen in das bekannte Lied: „Brüder, in eins nun die Hände, Brüder, das Sterben verlaßt, ewig der Sklaverei Ende, heißt die letzte Schlacht.“

Den mit Beifall aufgenommenen Worten folgte ein Geschäftsbericht des Kameraden Macke vom Banner 2, der in Gemeinschaft mit einem Kameraden des Banners 1 sowie der Abteilungsleiter die Revision der Vereinstafel vorgenommen hatte, die zu irgendwelchen Beanstandungen keinerlei Veranlassung gegeben hatte. Er wies zunächst das allbekannte, trotzdem von der Seite unserer Gegner immer wieder aufgeworfene Märchen zurück, daß das Reichsbanner von irgendeiner Seite finanzielle Beihilfen erhalte, bemies vielmehr, daß die keineswegs geringen Ausgaben einzig und allein durch die Mitgliederbeiträge der Kameraden bestritten worden sind. Die Kassenverhältnisse des Ortsvereins sind stabil, trotzdem aber gelte es, alle Kräfte anzupacken, um den nächsten an den Ortsverein heranrückenden Anforderungen in finanzieller Hinsicht gewachsen zu sein. Geld ist Munition, je mehr Geld in der Kasse, je mehr Munition ist vorhanden, um den Gegner erfolgreich bekämpfen zu können. Der Beifall der Kameraden bewies, welchen Widerhall die Worte des Kameraden Macke in den Herzen der Kameraden gefunden hatten.

Nunmehr ergriff der zweite Gauvorsitzende, Kamerad Frey, das Wort, um in fast einständigen Ausführungen auf die allgemeine politische Lage sowie die Tätigkeit der republikanischen Parteien im Sinne der Republik einzugehen. Er führte den Kameraden vor Augen, was bisher geleistet worden ist, was aber noch zu leisten bleibt, um den Bestand der Republik als gesichert anzusehen. Wohl haben auch unsere Gegner von rechts eingeschoben, daß die Republik die einzige gegebene Staatsform ist, auf der ein Wiederaufstieg des deutschen Volkes möglich sei, doch gehen deren Streben nach einer faschistischen Republik, während unser Ziel eine demokratische, lokale Republik sei, die Heimat und Schutz allen denen ist, die sich innerhalb ihrer Grenzen aufhalten. Das Haus haben wir uns zwar im Jahre 1918 aufgebaut, in dem wir leben wollen, aber noch viel zu tun bleibt, um dieses Haus auch wohnlich zu gestalten. Er freifte die heutige Justiz und verlangte, daß endlich einmal Schluß mit der Kaschistikzeit gegen monarchistische Richter gemacht werde, und daß in Zukunft Richter, die sich zwar von der Republik ihren Gehalt bezahlen lassen, im übrigen aber ihre Aufgabe darin erblicken, wieder die erhaltenden Republik das Genick zu brechen, ihres Postens aber ohne Gehalt, entbunden werden. Diefelbe Forderung stellte er für die hohen und höchsten Offiziere, die als Pensionäre der Deutschen Republik nichts Besseres zu tun haben, als mit der ehemaligen Fürstentum und deren Anhang gegen

die Republik zu konspirieren. Der Selbsterhaltungstrieb der Republik verlangt, daß kein Pfennig deutschen Geldes Lenten zu günstig gemacht wird, die es für den Umsturz verwenden, um die Monarchie wiederherzustellen. Er erinnerte dabei an das Verhalten Bismarcks in der Frage der Abfindung der Cumberlander und bewies dadurch, daß die ehemaligen Fürsten selbst vor ihrem eigenen Blute nicht zurückschrecken, wenn es gilt, ihre politische Macht zu festigen. In diesem Sinne zu arbeiten, sei Aufgabe jedes Republikaners, und auch die republikanischen Parteien werden sich in Zukunft mehr mit Staatspolitik beschäftigen müssen, wenn es den Gegnern nicht gelingen soll, der Republik den Todesstoß zu versetzen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners.

Nach Bekanntgabe der einzelnen Anträge erfolgte eine Diskussion, die ein einmütiges Bild von dem Kampfgelände unserer Kameraden gab. Nach erfolgter Abstimmung über die gestellten Anträge wurde zur Vorstandswahl geschritten, die durch den Kameraden Junke vom Gauvorsitzende geleitet wurde. Der alte Vorstand wurde von 548 anwesenden Delegierten gegen zwei Stimmen wiedergewählt und durch zwei Kameraden erweitert. Kamerad Herrmann, von den Anwesenden lebhaft begrüßt, bestätigte den neu bzw. wiedergewählten Vorstand und wünschte der Ortsleitung auch für das kommende Jahr den besten Erfolg. Die Mitarbeit aller Kameraden voraussetzend, hierauf erteilte Kamerad Alexander das Schlusswort, in welchem er hervorhob, daß der musterprächtige Verlauf der Versammlung von der Disziplin und Stärke unserer Organisation den besten Beweis ablege und schloß mit einem „Frei Heil“ auf die Republik, nach Absingung des Bannerliedes durch die Versammlung, die gut verlaufene Generalversammlung.

Breslauer Sozialer Frärendienst.

In den jeshlich geschmückten Räumen der alkoholfreien Gaststätte, Reuchstraße 45, feierte vor kurzem die Krippengruppe des Breslauer Sozialen Frärendienstes (früherer Breslauer Wohlfahrts- und Armenpflegerinnen-Verein) ihr 20jähriges Bestehen durch einen Teaeabend im englischen Kreise. Stadtrat Ralkbrenner, der Dezernent des Jugendamtes und Primärarzt Dr. Freund, dessen Rat und Mitwirkung die Einrichtung und Führung der Krippen bestens gefördert hat, waren erschienen. Der Gruppe, die im Jahre 1906 mit einer Krippe (Am Wäldchen Nr. 25) in zwei beschiedenen Räumen mit wenigen Kindern angefangen hat, unterziehen heute fünf vorzüglich ausgebauten Krippen. Die Persönlichkeiten, die an den beiden ersten Krippen seit ihrer Begründung gewirkt haben, standen im Mittelpunkt der Feier: Dr. Steinig als Arzt, Fräulein Wrensch als Leiterin der Krippe I, Dr. Schardt und Fräulein Dittler von Krippe II, Friedrich-Wilhelmstraße 101 (aus dem Jahre 1911). Daß die Krippengruppe diese namhaften Ärzte gewinnen konnte und daß die Krippen von jedem Weibchen in der ärztlichen und pflegerischen Leitung bewahrt blieben, darf als ein besonders glücklicher Umstand angesehen werden. In ungetrübtem Zusammenwirken arbeiten Arzt und Leiterin Hand in Hand, geleitet durch soziale Empfinden, strengste Gewissenhaftigkeit und Erfahrung. Besonders in den Kriegsjahren, in denen bei geringen Hilfskräften täglich bis 100 Kinder in einer Krippe versorgt werden mußten, ist hingebende Arbeit geleistet worden. Auch die Damen, die seit 20 Jahren ehrenamtlich mit warmer Liebe für die Erhaltung und Erweiterung der Krippen wirken, haben einen wesentlichen Anteil an der erfreulichen Entwicklung. Die Gründung der Krippe I ist seinerzeit von der Armenverwaltung angeregt worden; die Schulverwaltung stellte die ersten Räume zur Verfügung. Weiterhin wurden die Depoziten neis otrei verstreut gebildet. Das Jugendamt, dem die Krippen seit 1926 eingegliedert sind, ist schon tatkräftig eingetreten. Ihm ist die Gründung und Ausstattung der beiden letzten Krippen, Promnitzstraße 27/29 und Gräbchener Straße 194, zu danken. Stadtrat Ralkbrenner würdigte die Arbeit der Krippen in ihrer sozialen, volkswirtschaftlichen und nationalen Bedeutung, erkannte die Unentbehrlichkeit der freien Liebestätigkeit privater Organisationen gerade auf dem Gebiete der Säuglingspflege rückhaltlos an und überbrachte den Dank des Magistrats. Frau Margta Reich, die sich schon häufig ungenügend in den Dienst des Vereins gestellt hat, erstreute mit ihrer Künstlerhand durch ein reiches Programm guter musikalischer Darbietungen, Eva Beder brachte Ernst und Heiterkeit in schönen Proben ihrer Sprechkunst.

Die Krippengruppe kann in unbefangener Wertung ihrer Arbeit auf die große Zahl von Kindern hinweisen, — sind doch allein mehr als 2000 bisher in Krippe I betreut worden — die in wirtschaftlich schwersten Jahren gesund zu erhalten ihr Vergnügen war.

Rückbeförderung der Sachjengänger.

Nach Beendigung der Erntearbeiten kehren die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, meistens Polen, auch Sachjengänger genannt, jetzt täglich mit den Jügen aus dem Westen wieder in ihre Heimat zurück. Sie werden hier auf dem Hauptbahnhofe gesammelt und zu diesem Zweck aus hygienischen Vorkehrungsmaßnahmen in der Bahnhofsbaracke an den Leiharbeiter untergebracht. Ihre Weiterbeförderung geht truppweise mit den jahresplanmäßigen Personenzügen nach Oberschlesien, Richtung Beuthen und Rothenberg, vor sich. Die Jüge müssen zu diesem Zweck entsprechend verstärkt werden, da man die Sachjengänger, um ein Zusammenstecken mit den anderen Fahrgästen noch Möglichkeit zu vermeiden, gebondert abtransportiert. Deren Beförderung mit Sonderzügen, wie vor dem Kriege, macht man wegen des starken Kohlenverkehrs und da auch die Masse der Sachjengänger nicht mehr so groß ist, um sie mit den jahresplanmäßigen Jügen befördern lassen, zu umgehen. Die Leute, Männer, Frauen und Kinder, die Baris unter den Proletariaten, die auf der Rückbeförderung an ihre Arbeitsstätten im Westen unseres Reiches oft mittellos sind und Not leiden, verfügen jetzt bei der Heimreise über Geldmittel und bringen in ihren bunten Kleidern und Tüchern, den vielen Borden und Körben, bei ihrem Erscheinen jedesmal eine bunte, fremdartige Note in das Getriebe des Bahnhofes. Wenn die Agrarier unsere eigenen Leute reichlicher entlohnen und für bessere Wohngelegenheiten Sorge tragen würden, bräuchten sie diese landwirtsch. Arbeitsträfte nicht, dann hätte ein Teil unserer vielen Erwerbslosen Arbeit, die sozialen Lasten wären geringer und mehr Geld bliebe im Lande.

Ein Haus wird abgebrochen!

Vor dem Kriege fielen manchmal ganze Straßenviertel der Epiphyode zum Opfer, um neuen Anforderungen Platz zu machen, heut aber verdient es schon besonderer Erwähnung, wenn ein einziges baufälliges Haus dem Abbruch verfällt. Die Stadtväter sollen nächsten Donnerstag den Abbruch des Hauses Barbargasse 2 beschließen, und zwar zur Erweiterung des Allerheiligen-Hospitals. Es ist ein Fachwerkhäus, das vier kleine Wohnungen enthält und wegen seiner Bauart und seines feuergefährlichen Zustandes von der Baupolizei als zur weiteren Benutzung als Wohnhaus ungeeignet erachtet wird. Damit das Haus aber abgebrochen werden kann, müßten die Stadtväter 500 Mark bewilligen! Die Mieter müssen nämlich in anderen Stadtwohnungen

untergebracht werden, weil sie die Mieten für eine Stadtwohnung nicht erschwingen können. Um aber vom Wohnungskommissar oder Stadtwohnungen zu erhalten, müssen ihm 6500 Mark zum Kauf von Stadtwohnungen für andere Mieter bezahlt werden. Die Abbruchkosten für das Haus in der Barbargasse und für die Herstellung eines Straßenganges belaufen sich auf 2000 Mark.

Nun stelle man sich vor, was es heißt, Breslau zu sanieren!

Allgemeiner Darlehensvermittlungsschwindel.

Aus ganz Deutschland gehen in Berlin zahlreiche Anzeigen gegen verschiedene Zeitungsunternehmen wegen Betruges ein. Diese Betriebe lassen durch zahlreiche Reisende und Agenten, hauptsächlich in der Provinz, Bestellungen auf Inserate für Darlehens- und Hypothekengeschäfte ausgeben. Die Antragsteller werden meist durch falsche Bespiegelungen aller Art zum Abschluss der Bestellungen gebracht. Namentlich wird ihnen bestimmt versichert, daß das gewünschte Geld in kurzer Zeit zur Auszahlung kommt, und daß Kosten nur bezahlt werden brauchen, wenn Erfolg eintritt. Der Antragsteller glaubt, dies bedeute, wenn Geld ausbezahlt wird. Der Verlag meint aber damit, wenn „Offerten“ eingehen. Vom Verlag wird meist dafür gesorgt, daß der „Erfolg eintritt“, denn es sind meist von mehreren „Bermittlern“ gedruckte „Angebote“ vorrätig. Diese wenden vom Verlag den Auftraggebern der Inserate zugewandt, und zwar gegen Nachnahme von 50 bis 100 RM und mehr. Hiermit hat der Verlag seine Verpflichtung laut Bestellschein erfüllt und der Auftraggeber muß bezahlen. Geht die Sache nicht, erfolgt Klage. Die Zahl dieser Geschädigten ist sehr groß. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat eine derartige Klage abgewiesen mit der Begründung, daß anlässlich Täuschung vorliegt. Während der Inhaber eines anderen Betriebes kürzlich zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden ist, hat das Amtsgericht Danneberg mit einer Geldstrafe von 10 RM verhängt. Derartige Schwindel wird auch in Breslau betrieben, weshalb Geldsuchende zur Vorsicht ermahnt werden.

Der Teufel Alkohol.

Der übermäßige Alkoholgenuß hat den Glendroher Wilhelm Ludwig in schwere Strafe gestürzt. Am 18. Mai hatte er mit Bekannten Geburtstag gefeiert und dabei große Mengen Alkohol vertilgt. Kurz vor 1 Uhr in der Nacht landete er schließlich auf der Matthiasstraße in der Gastwirtschaft von Czernohin. Hier sah er mit dem Kraftwagenführer Hermann Stod zusammen, der etwas angeheitert war und in diesem Zustand einen anderen Gast anstempelte, wofür er einige Stöße über den Kopf bekam. Hierüber regte sich L. sehr auf und in seinem betrunkenen Zustand stürzte er in seine auf der Matthiasstraße gelegene Wohnung und kam mit einer Art zurück. Die angestempelten Hände befanden sich auf dem Hemd, als ihnen L. mit erhobener Art entgegentrat. Doch bevor die Art mit voller Wucht auf den Kopf des Stoduristen hob sich niederwarf, konnte ihm dieser in der Arm fallen, so daß der Schlag gemindert wurde. Trotzdem wurde nach der Gut durchklagen und ihm eine zehn Zentimeter lange Kopfverwundung beigebracht. Die Leute bemühten sich um den Verletzten, so daß der Täter ruhig nach Hause gehen konnte. Doch bald hielten ihn Polizeibeamte aus seiner Wohnung. Am 25. Mai wurden dann die beiden Genannten von dem Bezirksgericht abgeurteilt und zwar Ludwig wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Gefängnis, Stod bekam wegen der Anstempelung, die ja die Ursache zu dem Auftritt gewesen war, drei Monate Gefängnis. Gegen dieses Urteil hatten beide Berufung eingelegt. Von dem Bezirksgericht wurde die Strafe um mildere Strafen. Das Gericht milderte aber nur bei Stod das Urteil, indem es gegen diesen auf 60 Mark Geldstrafe erkannte. Bei L. war aber das Gericht der Ansicht, daß hier eine außerordentlich rohe Tat vorliege und es nur einem Zufall zu verdanken sei, daß die Folgen keine schwereren waren. Das Gericht verwarf seine Berufung, doch wurde ihm fünf Monate auf die Unterbringungshaft angesetzt. Abgehört wurde auch der Haftentlassungsantrag und eine Bewährungsfrist.

Zum Rattentag am 25. November!

Man kreielt uns: Es dürfte der breiteren Öffentlichkeit noch nicht bekannt sein, daß sich in Breslau die Spitzen der maßgebenden Behörden und die Vertreter der interessierten Privatkreise (besonders die Hausbesitzervereine) in letzter Zeit eingehend damit befaßt haben, zu unteruchen, auf welcher Basis die Massenangriffe auf Ratten erfolgreicher gestaltet werden können als bisher. Grobzügigen Änderungen stehen die jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen und außerdem die Größe der Stadt entgegen. Die gesetzlichen Bestimmungen bedingen es, daß die Hausbesitzer, die jetzt zur Tragung der Kosten für die Rattenbekämpfung verpflichtet sind, nur dazu gezwungen werden können, ein nachweisbar wirksames Mittel auszuliegen oder durch einen Fachmann auslegen zu lassen, ein bestimmtes Mittel kann nicht vorgeschrieben werden und ein derartiger Zwang würde sich aus verschiedenen Gründen auch nicht empfehlen. Wohl aber ist es möglich, gewisse Präparate im Interesse der allgemeinen Sicherheit bzw. öffentlichen Gesundheit zu verbieten, und da in dieser Beziehung verschiedene ministerielle Verfügungen schon seit mehreren Jahren ergangen sind, so hat man jetzt die Auslegung von Präparaten verboten, die Bakterien enthalten. — Dagegen ist nichts einzuwenden, denn es ist zum Beispiel festgestellt, daß bei Auslegung von „Rattin“ während des Krieges im Gefangenlager von Stalmerne eine nicht unbeträchtliche Paratyphus-Epidemie entstanden ist. Ob und inwieweit die jetzt in Mitteldeutschland vorkommene Typhus und Paratyphus-Epidemie mit Ratten zusammenhängt, ist noch nicht festgestellt.

Dagegen ist die Anwendung von spezifischen Giften bisher bedauerlicherweise noch nicht verboten worden, obwohl wir gerade in Breslau erst im Frühjahr dieses Jahres in der Siedlung Klein-Sandau einen Todesfall und eine schwere Erkrankung zu verzeichnen hatten, wahrscheinlich infolge Phosphoralkaliverge.

Spezifische Gifte, die bei Rattenvergiftungen angewendet werden, sind vor allen Dingen Arsenik in verschiedenen Verbindungen, Strychnin, Blausäure, Phosphor in verschiedenen Präparaten, und Jellio (ein Phantasiename für Tallium-Nitrit); sie sind sämtlich nur gegen Giftschwein zu haben. Als Rattenkorn spricht man die Meerzwiebelgifte an, die im allgemeinen für Menschen und Haustiere nicht lebensgefährlich sind. Es wäre erwünscht, daß die einschneidenden Neuerungen in vorzüglicher und überlegter Form, und nur ganz allmählich zur Einführung gelangen, damit nicht Mißgriffe stattfinden und dementsprechend auch Mißerfolge eintreten, die einen allgemein sichereren Fortschritt hemmen würden.

Die Bekämpfung der Ratten ist eine überaus schwierige Materie und erfordert genaue Kenntnis der Lebensweise der Ratten und besonders auch der Nahrung, die diese Tiere unter den verschiedenen Lebensverhältnissen bevorzugen.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht.



Persimmon 8 Pfg.

Corps Diplomatique 10 Pfg.

Die tonangebenden Zigaretten mit echtem Strohmundstück



L. PRZEDECKI, Zigarettenfabrik „Jalta“, Breslau II. (Stammhaus gegr. 1900.) Berlin W. 8, Passage 43/46.

Aus Schlessen.

Korruptionsstandal bei der Kreislandbund-V. G. Freystadt.

886 Zentner Roggen veruntrent — Fällung einer Roggenbürgschaft.

Die Organisation der Großrentner, der Landbund, hat in letzter Zeit nicht nur durch seine Pläne, sondern auch durch die damit verbundenen Skandale mehr als einmal von sich reden gemacht, so daß eine weitere Erörterung dieses Themas überflüssig erschien, weil sie wenig neues Material bringen könnte.

Immerhin haben sich bei der Kreislandbund-V. G. Freystadt, deren Vorsitzender Graf Kaldreuth ist, Vorfälle ergeben, die das an sich schon sehr kritisch bedingte Geschäftsgeschäft dieser Organisation in einem mehr als eigenartigen Licht erscheinen lassen und die für ihren nicht nur finanziellen Niederbruch recht bezeichnend sind.

Ein Gutspächter Th. aus dem Kreise Freystadt übergab der Ein- und Verkaufsstelle V. G. des Kreislandbundes 886 Ztr. Roggen zu getreuen Händen. Als er kurze Zeit darauf den Antrag stellte, 500 Zentner zu verkaufen, blieb er ohne Antwort, und der Herr Geschäftsführer des genannten Unternehmens war ständig nicht zu sprechen. Der Gutspächter Th. war daher gezwungen, auf eigene Faust Nachforschungen nach dem Verbleib der 886 Zentner Roggen anzustellen. Er kam dabei zu dem zweifellos bemerkenswerten Ergebnis, daß dieser Roggen, auch weitere 1400 Zentner Roggen, die anderen Landwirten gehören sollen, veruntrent worden seien.

Die Ein- und Verkaufsstelle des Kreislandbundes in Freystadt bejaht auch die edle Dreistigkeit, diese den Staatsanwalt in hohem Maße interessierende Angelegenheit durch Stillschweigen zuzugeden. Sie unterließ es, auf einen energischen christlichen Protest des Gutspächters Th., in dem die Veruntrentung mit vollem Namen angeprangert war, entsprechend gerichtlich zu reagieren und begnügte sich damit, von den 886 veruntrenten Zentnern Roggen ganze 386 Zentner dem Pächter zur Verfügung zu stellen. Ueber die Rückgabe der restlichen 500 Zentner war der Kreislandbund immerhin geneigt, in Verhandlungen einzutreten, die, falls die finanzielle Lage dieser Organisation sich entgegen aller Wahrscheinlichkeit aufgebeßert haben sollte, hoffentlich zu einem für den Gutspächter günstigen Ergebnis geführt haben oder noch führen werden.

Das Wesentliche an diesem Vorfall ist aber, daß der Kreislandbund, der sich als der berufene Schlichter auch der Pächter und Bauern aufspielt, es fertig gebracht hat, über Getreide, das ihm zu getreuen Händen übergeben worden ist, unberechnbar zu veräußern. Zu dieser Handlungsweise paßt harmonisch die Fällung einer von dem gleichen Gutspächter geleiteten Roggenbürgschaft über 100 Zentner in 1000 Zentner. Versteht sich, daß die irrtümlich gemordene Weite des Landbundes wieder einmal die Ursache zu dieser Manipulation gewesen war. Jedenfalls sah sich Gutspächter Th., der sich zu einer Bürgschaft in Höhe von 100 Zentnern Roggen bereit erklärt hatte, eines Tages vor die Forderung gestellt dieser in tausend Zentner umgesetzlichen Bürgschaft nachzukommen. Gutspächter Th. lehnte es aber in einer stürmisch verlaufenen Versammlung der Mitglieder des Landbundes ab, die über 100 Zentner hinausgehenden Ansprüche anzuerkennen und die Leitung des Landbundes mußte es aus nachfolgenden Gründen unterlassen. Ihre mit Hilfe einer Urkundenfälschung erlangten Forderungen gerichtlich durchzusetzen.

Barbarische Mißhandlung eines Lehrlings.

Am Sonnabend hatte sich das Schöffengericht in Berlin D. S. mit einem Rechtsdelikt zu befassen. Den Gesellen einer hiesigen Fleischerei waren aus der Gesellschaft wiederholt Geldbeträge abhanden gekommen. Am 14. August d. Js. fehlte einem Gesellen wieder ein Geldbetrag von 30 Mark. Der Verdacht richtete sich auf einen erst vor einer Woche eingetretenen Lehrling, dessen Koffer daraufhin durchsucht wurde. Dabei wurde zwar kein Geld, dafür aber Fleisch und Wurst gefunden, die sich der Lehrling unberechtigt angeeignet hatte. Ohne weiter nachzuprüfen, ob der Lehrling auch die Geldbeträge ausgeführt habe, wurde er nachts um 12 Uhr aus dem Bett gezogen, auf eine Bank gelegt und von den Gesellen mit den Fäusten und Stöcken geradezu bestialisch mißhandelt. Wenn genug Blut aus Ohren, Mund und Nase geflossen war, mußte er sich wieder abwaschen, um neue Grausamkeiten über sich ergehen zu lassen. Dreimal mußte sich der Unglückliche vom Blute säubern, und als er dann zur Polizeiwache geführt werden sollte, mußte

er das blutbesudelte Hemd ausziehen und ein neues Hemd anziehen. Außer dem Fleischergesellen Adolf Sch., Ewald B., Engelbert R., Emanuel W., Johann S. und Hubert R., hatte sich auch der Bäckergehilfe Johann B., der im selben Hause wohnt und durch das Geschrei des Bequälten aufmerksam gemacht, an den schweren Mißhandlungen beteiligt. Wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung wurden die Unmenschen zur Verantwortung gezogen.

Im Polizeigefängnis wurde der Lehrling, der als Dieb der Gelder übrigens gar nicht in Frage kommen soll, bald nach seiner Einkieferung durch einen Arzt untersucht und auf dessen Anordnung hin sofort nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt, in dem er bis zu seiner Wiederherstellung drei Wochen zubringen mußte. Nach dem ärztlichen Attest war das rechte Auge blutunterlaufen, die eine Ohrmuschel angerissen und an anderen Stellen wies der Kopf von Schlägen herrührende Verletzungen auf. Wie vom Arzt weiter bescheinigt wurde, war das Gesicht eine einzige blutunterlaufene Stelle, die darauf schließen ließ, daß der Lehrling in geradezu grauenerregender Weise mißhandelt worden sein muß. Beide Oberhäuptel und auch der Rücken zeigten tiefe blaue Striemen.

Bei der Abführung zur Polizei stieß der Transport mit dem Geschäftsinhaber zusammen, und als dieser erfuhr, daß der Lehrling Fleisch und Wurst gestohlen haben soll, verleierte er ihm eine Ohrspeiche. Dafür muß er jetzt 60 Mark Geldstrafe bezahlen. Die anderen Angeklagten wurden je nach ihrer Beteiligung an der brutalen Tat wie folgt verurteilt: Sch., S. und W. zu je zwei Monaten Gefängnis, B. zu drei Monaten Gefängnis, P. und Engelbert R. zu je vier Monaten Gefängnis, Hubert R. zu fünf Monaten Gefängnis. Da die Angeklagten aber sämtlich noch unbeschäftigt sind, so wurde ihnen gegen Zahlung einer Buße, die sich unter Berücksichtigung ihrer Tätigkeit und ihrer Vermögensverhältnisse in den Grenzen zwischen 80 Mark und 600 Mark bewegt, eine dreijährige Bewährungsfrist gestellt.

Ein Tunnel durch das Culengebirge.

In Reichenbach i. Schl. fand eine Besprechung der Bürgermeister der Städte Reichenbach und Langenbielau und der Gemeindevorstände zahlreicher Ortsgemeinden der Gegend statt, die dem Plan der Schaffung eines direkten Schienenweges zwischen dem Reichenbacher und dem Neuroder Industriegebiet galt. Dieser neue Schienenweg, der eine Unternehmung des Culengebirges voraussetzt, würde in Verbindung mit dem Plan einer Bahnlinie Seidersdorf-Reichenbach eine direkte Verbindung zwischen Breslau und dem Neuroder Industriegebiet herstellen, was für die Kohlenversorgung und Weiterentwicklung zahlreicher schlesischer Industriegebiete von größter Bedeutung wäre. Es wurde daher ein Verkehrsverein gegründet, dem die Förderung dieses Planes obliegt.

Ein Mann ohne Schmerzempfinden.

Ein junger Mann von 30 Jahren, der aus der Gegend von Waldenburg in Schlessen stammt, hat sich Berliner Ärzten vorgestellt, weil es ihm möglich ist, jedes Schmerzempfinden zu bannen. Er durchläßt seinen Körper mit langen Nadeln, nagelt sich Holzstäbe an die nackten Füße, ohne einen Tropfen Blut zu verlieren. Dagegen kann er genau unterscheiden ob er auf dem Rücken mit einem spitzen oder stumpfen Gegenstand berührt wird. Sein Gefühlsempfinden hängt anscheinend völlig von seinem Willen ab. Er ist auch imstande, sich unempfindlich gegen Licht zu machen und den Geschmack auszuschalten, während seine übrigen Sinne weiter wirken.

Schweidnitz. Ein alter Sünder. Wegen schweren sittlichen Vergehungen wurde der achtzigjährige pensionierte Eisenbahnrüstler Boehme verhaftet. B. befiel in der Gerberstraße ein Grundstück. Wiederholt war es Hausbesuchern aufgefallen, daß er Kinder in seine Wohnung lockte. Jetzt erst gelang es, hinter das Treiben des B., der sehr aktiv in der sogenannten vaterländischen Bewegung tätig ist, zu kommen.

Charlottenbrunn. Selbstmord der Friedersdorfer „Doktorfrau“. In der kleinen Ortschaft Friedersdorf bei Müllentalersdorf wohnte eine aus der weitesten Umgegend immer stark aufgesuchte Frau, die durch ihre Kräuter und Heilmittel sich einen ausgedehnten Kundenkreis zu verschaffen wußte. Es war dieses die verwitwete Stellenbesitzerin Auguste Hahn, allgemein nur bekannt unter der Bezeichnung als „Friedersdorfer Doktorfrau“. Dieser Tage fand man die Genannte als Leiche auf. Sie hatte Selbstmord durch Erhängen verübt. Was sie in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Glück. Ein Bild grauenhafter sozialer Not zeigte die Auffindung der Leiche des Gelegenheitsarbeiters Rittner in seiner Wohnung. Er lag in der Stube tot. In der einen Ecke befand sich etwas Stroh mit Lumpen bedeckt. Eine leere Bieringstanne mit einem aufgeschütteten Brett war sein Tisch. Der Tote war von Wanen überhäuft, Beulen waren am ganzen Körper. Der Tote hatte am Tage vorher seine Militärrente erhalten und sich an Brennspiritus betrunken, so daß der Tod infolge Alkoholvergiftung eintrat.

Graz. Scheintot — wieder zum Leben erwacht! Wie berichtet wird, war die 23jährige Witwe des Pastors einem Herzschlag erlegen, und die äußeren Umstände

sprachen auch dafür. Als nun ein Nachbar die Tote in ihr Haus trug, begann sich die vermeintlich Tote wieder zu regen und einen tiefen Seufzer zu tun. Auf ein Lager gebettet, schlug sie die Augen auf und unternahm wenige Stunden später wieder ihren üblichen Spaziergang.

Ruhland, Kreis Hoyerswerda. Zerfleischt. In Kirchhain N. L. kam der Angestellte Kübler in einer Gerberei, in der er zufällig etwas zu erledigen hatte, in das Getriebe einer Transmission. Noch ehe er sich retten konnte, wurde sein Körper in mehrere Stücke zerrissen, die herumgeschleudert wurden.

Görlitz. Zum Ersten Bürgermeister wurde in der Stadtverordnetenversammlung der bisherige Zweite Bürgermeister und Stadtkämmerer Dr. Wiesner gewählt. Von 43 anwesenden Stadtverordneten gaben 40 den Stimmzettel für Dr. Wiesner ab. Die Kommunisten, 3 an der Zahl, gaben weiße Zettel ab.

Colf. Auf eigenartige Weise fand den Tod der Schmied Köhlig aus Nesselwitz. Um das Feuer im Küchenofen anzufachen, rührte er mit einem Gewehrlauf darin herum. In dem Lauf muß noch eine Patrone gesteckt haben, denn plötzlich ertönte ein Knall, und als die Angehörigen herbeikamen, fanden sie den K. mit einem Schuß mitten durch das Herz vor der Feuerung liegen.

Neustadt D. S. Ein Chemann schießt seine Frau und sich selbst tot. In Langenbrück, Kreis Neustadt, erschoss der Stellenbesitzer August Reinlober mit einem Revolver sich und seine Ehefrau. Der Grund dazu ist in Familienstreitigkeiten zu suchen. Die Ehefrau, die schon öfter ihren Mann verlassen hatte, kehrte an dem Abend wieder zu ihrem Mann zurück. Im Beisein der sechs Kinder, im Alter von vier Monaten bis zu sechs Jahren, griff Reinlober zur Waffe und erschoss zuerst seine Frau und dann sich selbst. Beide waren sofort tot.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Ortsgruppenführer!

Der Bezirksvorstand hat bekannt gegeben, daß aus jedem Kreis möglichst einige Frauen am 25., 26. und 27. November in Breslau im Gewerkschaftshaus stattfinden, teilnehmen sollen. Es wird einer Anzahl Ortsgruppen möglich sein, die geringen Kosten von 7 Mark für drei Tage Unterbringung und Verpflegung in Breslau, oder aber die Bahnfahrt und kleine Zehrpfenn, die den Tag über entstehen, für die teilnehmenden Genossinnen zu bewilligen. In den Ortsgruppen wo ein Lokalfassenbestand vorhanden ist, muß das im Interesse der Ortsgruppe selbst unbedingt geschehen.

Gleichzeitig wird noch einmal daran erinnert, daß die Vorbereitungen zu den Generalversammlungen in den einzelnen Ortsgruppen unbedingt getroffen werden müssen. Bis 15. Januar müssen sie unter allen Umständen stattgefunden haben.

Klettendorf. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Heute veranstalten wir einen Vesperabend. Wir beginnen um 1/8 Uhr in der evangelischen Schule.

Peterwitz bei Schmoll. Heute Dienstag, den 23. November, findet in Giesels Lokal in Peterwitz ein interessanter Lichtbildabend statt. Weltgeschichtliche Propaganda für regen Besuch hat jeder Anhänger des Arbeiterbildungs-Ausschusses zu betreiben.

Neumarkt. Der Zentralverband der Arbeiterinnen und Witwen hatte auch in seiner letzten Mitglieder-Versammlung guten Besuch aufzuweisen. Der Vorsitzende berichtete über Mitteilungen vom Gau und über die mit dem 1. Januar 1927 in Kraft tretende Sterbefallen-Einrichtung. Als Delegierte zu dem in Waldenburg stattfindenden Gaugaut wurden die Kollegen Wagner, Strny, als Stellvertreter Kollege Theurich gewählt. Beschließung fand am Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Saale „Zum Gelben Löwen“ eine Weihnachtsfeier abzuhalten und wird jedes Mitglied ein Weihnachts-Präsent erhalten. Unter Beredsamem kamen Anfragen und Rentenauskünfte zur Erledigung.

Lied der Höfänger.

Wir sind die Sänger des Glends,
Wir sind die Sänger der Not;
Wir singen lustige Lieder
Um unser trauriges Brot!
Wir singen in ärmlichen Höfen
Von Liebe, von Reichtum und Pracht;
Wir singen von Stätten der Sonne
Und haben kein Obdach zur Nacht.
Gezwungen nur ruhen die Hände,
Die froh wir zur Arbeit bereit;
Und danken wir spärlicher Spende,
Das Herz ist von Scham nur bewegt! —
Wir sind die Sänger des Glends,
Wir sind die Sänger der Not;
Und müssen noch lange wir singen,
So singen wir uns in den Tod!

Leo Roewig.

Am Sonnabend, 20. November, abends 7 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlag unser gültiger, hochgeschätzter Chef

Herr Kommerzienrat

Ludwig Przedécki

Wir bedauern den Verlust dieses trefflichen Mannes aufs tiefste, der uns in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber in Bezug auf seinen Gerechtigkeitssinn unvergessen bleiben wird.

Die gesamte Arbeiterschaft der Zigaretten-Fabrik „Kultur“
Neudorfstraße 36/38.

Beerdigung: Donnerstag, den 25. November, mittags 12 Uhr,
von der Halle des Magdalenen-Friedhofes, Steinstraße, aus.

Leibwelle
Grad - Emolung- u. Rod-Anzüge
C. P. Pöppel,
Abnigstraße 79, 1. Abt. - Mülling,
Zust. - 1920

Leibwelle elegante
Grad - u. Rod-Anzüge
Herrn. Mohaupt
Karlstraße 1, A. Tel. N. 1201
über Albrechtstraße.

Arbeitsmarkt
Hausangestellte
von 16-17 Jahren, eifrig und zuverlässig, zu leichter Hausarbeit vom 1. Dezember gesucht. Tariflohn. Meldung von 9-12 Uhr bei Zander, 1. Etage bei Zander.

Stellen-Angebote
In der „Kultur“ haben
Infolge ihrer großen Verdienste in Arbeiterkreisen besten
Gehalt



Die
vollkommenste
Nähmaschine
aus nur den besten Rohstoffen!
Bequeme Zahlungsweise
Pfaff-Nähmaschinen-Haus
Breslau i, Rauscherstraße 37/38
Nähe Königplatz : : Telefon Ohle 3221.

Wirtschaft.

Der deutsche Außenhandel im Oktober.

Nach den Mitteilungen des Reichsstatistischen Amtes ergibt sich für den deutschen Außenhandel im Oktober abermals ein Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr. Insgesamt beträgt der Einfuhrüberschuss 266 Millionen Mark, im reinen Warenverkehr 110 Millionen Mark. In der Zeit vom Dezember 1925 bis einschließlich Mai 1926 war die deutsche Wareneinfuhr größer als die Wareneinfuhr. Für die nächsten Monate bis einschließlich August ergab sich eine Passivität (Überwiegen der Einfuhr) der Handelsbilanz. Im Monat September betrug der Einfuhrüberschuss im reinen Warenverkehr 13 Millionen Mark.

Der Rückgang im Monat Oktober ist vor allem Dingen auf eine Steigerung in der Einfuhr von Lebensmitteln und Getreiden (Weizen, Reis, Fleisch, Obst usw.) und der Einfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren zurückzuführen. Die reine Wareneinfuhr hat sich gegenüber dem Monat September um 167 Millionen Mark erhöht. Daran sind Lebensmittel und Getränke mit 78 Millionen, Rohstoffe und Halbfertigwaren mit 46 Millionen und Fertigwaren mit 40,9 Millionen beteiligt. Die gestiegene Rohstoffeinfuhr erklärt sich aus den Bewegungen unserer Wirtschaft, die ohne Zweifel in einer vermehrten Beschäftigung übergeht, was natürlich den Bedarf an Rohstoffen voraussetzt. Die gestiegene Fertigwareneinfuhr besteht zum größten Teil in Wasserfahrzeugen und Textilwaren (Garnen). Von Bedeutung ist, daß sich die Fertigwareneinfuhr erhöht hat und zwar von 582,4 Millionen Mark im September auf 602,6 Millionen Mark im Oktober.

Zahlenmäßig wird die Wareneinfuhr im Oktober mit 1148 Milliarden angegeben (im Monat September 930 Millionen Mark). Davon sind 990,1 (823,4) Millionen reiner Wareneinfuhr. Die Wareneinfuhr stellt sich insgesamt auf 882,3 Millionen Mark (im September 839,8 Millionen). Reiner Wareneinfuhr sind davon 879,7 Millionen (836,3 Millionen) Mark.

Für die Zeit vom Januar bis Oktober 1926 wird eine Gesamtwareneinfuhr von 8,34 Milliarden errechnet. Davon sind 7,60 Milliarden reiner Wareneinfuhr. Die Gesamtwareneinfuhr stellt sich auf 8,171 Milliarden Mark, wovon 8,130 Milliarden auf den reinen Wareneinfuhr entfallen.

Die Baumwollpreise fallen nicht.

Der bisher geglaubt hat, daß die deutschen Preise für Baumwollgarn und -gewebe sich den fallenden Baumwollpreisen anpassen würden, steht sich durch den Verlauf, den die Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse am 17. November genommen hat, durchaus getäuscht. Durch die sinkenden Baumwollpreise sind bisher die Garn- und Gewebepreise so gut wie gar nicht berührt worden, das heißt, der sinkende Preis für Rohmaterial wirkt sich auf die Halbfertigwaren nicht aus. Auch am Mittwoch blieben die Preise in Stuttgart im großen und ganzen unverändert. Lediglich die billigen Garnsorten und Cretonnes-Baumwollgewebe erfahren Preisabschwächungen die aber äußerst geringfügig waren.

Die Fabrikanten behaupten, daß ihre Preisstellung bisher so niedrig war, daß sie ihre Ware loszulegen verständen, wovon der Verbraucher allerdings nicht viel gemerkt hat. Die Spinner sind also enttäuscht, der darniederliegenden Baumwollindustrie durch eine entsprechende Preislenkung keine Entlastung zu bringen.

Der Wahnwitz des Zuderzolls.

Ein Beweis, wie sehr die Forderungen nach dem erhöhten Zuderzoll jeder Berechtigung entbehren, ist sicherlich die soeben veröffentlichte Bilanz der Zuderfabrik Fraunstadt für das Jahr 1925/26. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Reingewinn von 221 265 Mark nach (im Vorjahre 109 821 Mark). Nach Abzug der Vergütung für den Ausschicht in Höhe von 35 500 Mark kommt eine Dividende in Höhe von 10 Prozent zur Auszahlung. Die Dividende im Vorjahre betrug 5 Prozent.

Die gesamte Erzeugung hat sich bei der Zuderfabrik Fraunstadt von 389 422 Zentner Verbrauchszuder auf 429 882 Zentner gesteigert. Dieser Steigerung steht der Fortfall eines Werkslohnvertrages, der infolge Uneinigkeit zwischen den Partnern nicht zustande kam, gegenüber. Der Abschluß des Vertrages bedeutet ungefähr eine Verminderung in den Verarbeitungsmengen um 160 000 Zentner Verbrauchszuder.

Der Bruttogewinn steigerte sich von 8,7 Millionen auf 11,9 Millionen Mark. Die Handlungs- und Betriebskosten machen 3,2 Millionen Mark aus. Für Bankzinsen wurde die ungeheure hohe Summe von 99 000 Mark verausgabt. Daneben erforderten die Abschreibungen 121 000 Mark, ungefähr 80 000 Mark weniger als im Vorjahre. Dagegen mußten 93 000 Mark für Effektivsonderabschreibungen, die mit den Ereignissen in dem Breslauer Handelshaus Mohrner zusammenhängen, abgeschrieben werden.

Trotz harter Belastung ist das Ergebnis durchaus zufriedenstellend und sicher nicht geeignet, die Zollwünsche unserer Zuderindustrie zu rechtfertigen.

Rohlenmühere auch in Holland.

Unser Amsterdamer Mitarbeiter schreibt uns: Da auf Grund der augenblicklichen Lage in den englischen Bergbaugebieten die englischen Kohlenhändler alle Offerten für die Februar- und März-Lieferung zurückgezogen haben, befürchtet man in Kreisen des niederländischen Kohlen-Großhandels, daß das Ruhrkohlen-Industrie nicht unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen neue Kontrakte abschließen wird. Die Preise für Ruhrkohlen haben sich zwar in der fünfjährigen Höhe gegenüber der Zeit vor Ausbruch des Bergarbeiterstreiks erhöht. Die niederländische Verkaufsorganisation des Ruhrkohlen-Syndikats gibt auch bekannt, daß eine Erhöhung der Preise für Exportkohlen unvermeidlich ist, da das Syndikat bis April 1927 vollkommen ausverkauft ist.

Die Verhandlungen für die Gründung des American-British and Continental Corporation Trustes

sind nun abgeschlossen worden. Die internationale Bankvereinigung wird sich mit der Finanzierung von Industrieunternehmen in aller Welt befassen. Dem Trust gehören an: für Amerika die Schröder-Bank, Blyth, Miller & Co., für Frankreich die Banque de l'Union Paribas, für Deutschland die Dresdener Bank, für Belgien die Société Générale de Belgique, für die Schweiz der Credit Suisse, für Österreich die Allgemeine Österreichische Bodenkreditanstalt, für Schweden die Svenska Bank, für Ungarn die Ungarische Kontowahl, für Holland Gipsman, Koenig & Co., und für die Tschechoslowakei die Böhmische Unionbank. Das Bankkonkordatum verfügt über ein Grundkapital von 14 Millionen Mark.

Die Peters-Union wird in Holland eine Anleihe von 2,4 Millionen Gulden anfragen. Wie es heißt, sollen holländische Interessenten dafür in den Ausschicht von Peters-Union aufgenommen werden.

Weiteres Steigen der Arbeitslosenziffer in Niederschlesien.

In der Berichtswache vom 11. bis 17. November stieg die Zahl der Arbeitslosen und Erwerbslosenunterstützungsempfänger in der Provinz Niederschlesien in etwas stärkerem Ausmaße an. Es wurden 84 514 Arbeitsuchende (in der Vorwoche 82 001) gezählt, also 1913 mehr als in der Vorwoche. Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger lag um 2809 höher als in der Vorwoche und betrug 61 368 (in der Vorwoche 48 744). Auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen war um 861 geringer als in der Vorwoche und betrug 2954. Diesmal war die Stadt Breslau an der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage beteiligt. Es wurden hier Arbeitsuchende gezählt insgesamt 43998 (in der Vorwoche 42 718) und 23 224 Erwerbslosenunterstützungsempfänger (in der Vorwoche 22 670).

In der Landwirtschaft war die Vermittlungstätigkeit sehr ruhig. Die wenigen gemeldeten offenen Stellen für ständiges Personal konnten fast überall bis auf Mägde, die nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren, besetzt werden.

In der Forstwirtschaft boten sich im Brieger und Bunzlauer Bezirk Beschäftigungsmöglichkeiten. In Niederschlesien Steinkohlenbergbau war die Vermittlungstätigkeit ruhig. Besuch blieben Häuser.

In der Industrie der Steine und Erden entließ ein Hartsteinwerk im Bezirk Lauban eine Anzahl Arbeitsträfte. Im Bezirk Görlitz-Brand entließ eine Glasfabrik etwa 100 Arbeitnehmer. Im Ziegelgewerbe wurden eine Anzahl Stadelungen und dadurch bedingte Arbeiterentlassungen beobachtet (Bezirke Neumarkt, Ohlau, Woblan).

Die Arbeitsmarktlage im Metallgewerbe ist weiterhin ungünstig. In Zauer stieg die Zahl der kurzarbeitenden Facharbeiter der dortigen Landmaschinenindustrie. In Görlitz überwiegen in der dortigen Maschinenindustrie die Entlassungen die Einstellungen von Arbeitsträften. Dagegen konnte in Ohlau das Zinkwäzwerk keine Arbeit im vollen Umfange wieder aufnehmen.

Im Spinnstoffgewerbe war die Arbeitsmarktlage weiterhin nicht ungünstig. Im Reichenbach-Langensielauer Bezirk ging die Kurzarbeit weiter zurück. In Görlitz bestand Nachfrage nach gelernten Kräften. In Lauban fehlt es an ausgebildeten Facharbeiterinnen, jedoch waren für Heimknüpfereien wenig Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden. Im Spinnstoffgewerbe kamen aus einer Strumpffabrik Handschuhmacherinnen zur Entlassung.

Im Holz- und Schnitstoffgewerbe bestand in Görlitz nur geringe Nachfrage nach Bauteilern. In Breslau ging die Nachfrage nach gelernten Kräften zurück.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe fanden nach Beendigung der Kampagne in einer Zuderfabrik im Rimplauer Bezirk Entlassungen statt. Die Nachfrage nach Bäckern und Fleckern war nur gering.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe stieg in der Maß- und Konfektionsindustrie die Nachfrage nach gelernten - vornehmlich männlichen - Arbeitsträften. In Görlitz wurden Stickerarbeiten entlassen.

Im Baugewerbe hält die rückläufige Bewegung - zum Teil durch die Fertigstellung der Bauten bedingt - an. Die Zahl der sich erwerblos messenden Dachdecker erhöhte sich. Auch die Beschäftigung im Malergewerbe läßt weiter nach.

In der Gast- und Schankwirtschaft war die Arbeitsmarktlage nicht wesentlich verändert. In Görlitz konnte eine Anzahl Kellner in feste Stellen vermittelt werden. Die Nachfrage nach Haus- und Küchenmädchen für Hotels war lebhaft.

Verkehrsgewerbe. Die Reichsbahn entließ in einer Anzahl Bezirke Zeitarbeiter. Infolge Sinkens des Hochwassers der Oder konnte im Ohlauer, Woblaue und Neukalser Bezirk ein Teil der von den Wasserbauämtern entlassenen Arbeitsträfte wieder eingestellt werden.

Eine Straßenbahn-Anleihe Berlins. Die Berliner Straßenbahn, die sich in städtischem Besitz befindet, hat beschlossen, zur Erneuerung und Erweiterung des Straßenbahnnetzes eine Inlandsanleihe im Betrage von 60 Millionen Mark aufzunehmen. Davon sollen 34,7 Millionen im Jahre 1927 Verwendung finden.

Ein Edelstahlwerk gegründet. Die Verhandlungen zwecks Gründung eines Edelstahlwerks sind jetzt zum Abschluß gekommen. Stützen des Trusts sind die Stahlwerke in der Rensselder und Crefelder Gegend. Darüber hinaus sollen die Siegerländer Werke angeschlossen werden. Die Gründung selbst wird durch eine Studiengesellschaft durchgeführt, die am Sonnabend in Essen gebildet wurde. Die Studiengesellschaft wird maßgebend von der Rheinisch-Westfälischen Stahlwerke A.-G. beherrscht.

Hollands Wareneinfuhr. Die holländische Statistik gibt die Wareneinfuhr für die Zeit vom Januar bis Oktober 1926 mit 2,034 Milliarden Gulden an (im Vorjahre 2,051 Milliarden Gulden). Die Ausfuhr stellt sich auf 1,4 Milliarden Gulden gegenüber 1,5 Milliarden Gulden im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Einfuhrüberschuss beläuft sich also auf 593,3 Millionen Gulden gegenüber 533,1 Millionen Gulden in der Zeit vom Januar bis Oktober 1925.

Eine amerikanische Anleiheofferte an Bodz. Der Magistrat in Bodz hat in den letzten Tagen eine Offerte eines großen amerikanischen Konsortiums für eine Anleihe erhalten. Es handelt sich um eine Investitionsanleihe in Höhe von 15 Millionen Dollars mit 5prozentiger Verzinsung pro Jahr. Die Anleihe soll hauptsächlich zum Bau neuer Häuser, einer neuen Gasanstalt und eines neuen städtischen Spitals verwendet werden. Das Konsortium verlangt die Garantie der Stadtverwaltung.

Die Valorisierung von Japanseide beschlossen. Die japanische Regierung hat nunmehr, laut „Konfessionar“ beschlossen, zunächst 30 000 Rufen Seide mit einem Betrage von 22 1/2 Millionen Yen zu bevorzugen, damit die Ware am Markte ferngehalten und die erschlüßerte Preislage wieder etwas stabilisiert werden kann.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 1. Abtlg. Dienstag, den 23. November nach dem Turnen Handballer-Versammlung. Sämtliche Handballspieler sowie Interessenten werden gebeten, zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Unsere Mannschaften. 3. Bericht über den Turnen.

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Wegen der wichtigen Tagesordnung des Spielauslaufes fällt die Schiedsrichter-Versammlung am 24. November aus. Laubna; Mittwoch, den 24. November, Schiedsrichter Franke-Poletdon, Gaiser-7. Abtlg. 7 Uhr bei Hante.

F.T.S. V. Abt. Handballer. Dienstag, den 23. November Handballer-Versammlung im „Eisenhammer“. Sämtliche Handballspieler und Kritiker müssen nach dem Turnen erscheinen.

Freie Turnerschaft, 4. Jugendabteilung. Heute, Dienstag, 8 Uhr, Jugendbesprechung Turnhalle. Tagesordnung: Mitteilungen, Berichte, Organisation (sehr wichtig!), Weihnachtsfeier, die Vereinsarbeit und wir! Freie Aussprache. Jeder Jugendturner hat an dieser Versammlung teilzunehmen. Fehlende werden diesmal anamert. Mitgliedsbücher mit mitzubringen.

Freie Turnerschaft Breslau, e. B. Bezirks Kinderturnen. Sämtliche Abteilungsleiterturner und Kinderturner sind zur Kenntnis, daß die nächste Lehr- und Kinderturnen am Sonntag, den 27. November, abends 7 Uhr, in der Turnhalle der Viktoriaschule, Bismarckstraße stattfinden. Im Interesse unserer Kinderbewegung wird auf rege Beteiligung sämtlicher Abteilungen geredet.

Freie Turnerschaft Breslau, e. B. Sonnabend, den 27. November, abends 8 Uhr, gemeinsame Sitzung des Vereinsvorstandes mit den Abteilungsleitern im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen betreffs Anbringung der Vereins- und Bundesfahnen an den Schulgebäuden. 2. Vereinsstatut. 3. Turnhallen- und Spielplatzfragen. 4. Festsetzung der nächsten gemeinsamen Versammlung und der Generalversammlung. 5. Bericht über die Mitglieder des Vereinsvorstandes und die Abteilungsleiter (auch die Vertreter) müssen bestimmt anwesend sein. Die Vorstehenden müssen folgendes Material mitbringen: Die Benützung der Turnhallen, Lage und Zeiten und welche Halle, obere oder untere, Benützung der Spielplätze, Lage und Zeiten und welche Spielplätze. Falls Veränderungen gewünscht werden, auch diese angeben.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Aufsätze aus anderen Zeitschriften, für die wir nur die vorentscheidende Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Die Reichsbahn und ihre Invaliden.

Vor wenigen Tagen wurde in der Presse von einem schweren Eisenbahnunfall berichtet. Bei diesem Unfall auf der Strecke Gnadenerheide-Neuborf-Dorsdorf gab es einen Toten und vier Schwerverletzte. Der Zug, der auf freier Strecke lag, soll durch nicht genügende Sicherheitsmaßnahmen bedingt worden sein. Was sagt die Öffentlichkeit, die Staatsanwaltschaft dazu, und was gebietet sie zu unternehmen? Warum wurde dieser Zug nicht durch die vortrefflichen Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel wegen von Knallpatronen bedingt, um dieses Unheil zu verhindern? Durch den Unfall sind wieder, wie immer, die unteren Beamtengruppen und Arbeiter die Geschädigten. Im grünen Tisch werden bekanntlich keine Beine und Arme abgefahren.

Und wie sieht es mit der Fürsorge bei der Reichsbahn aus? Der Schreiber dieser Zeilen ist ein Schwereunfallverletzter, der beide Beine unerschütet bei dieser hohen Behörde eingebüßt hat. Mit welchen Mitteln die Reichsbahn arbeitet und ihre Kräfte abnutzt, darüber sei folgendes angegeben: Mit dem 1. Juli 1925 wurde die Hilfsrente (über 66% Prozent) in ein Pflegegeld umgewandelt. Nach dem Gesetz können je nach Lage des Verletzten 20 bis 75 Mark Pflegegeld gewährt werden. Wir wurden zur Grundrente, das heißt nach dem früheren Arbeitsverdienst 100 Prozent gleich 66% Prozent der Betrag von 25 Mark Pflegegeld bewilligt. Gegen diesen Bescheid legte ich vor dem zuständigen Oberverwaltungsamt Berufung ein. Auf die Berufung hin wurde ich zu einem Vertrauensarzt bestellt, zu Herrn Professor Warkus, früher in Wöln, jetzt im Wenzel-Hande-Krankenhaus. Das Ergebnis der Untersuchung ist folgendes: Hilflos im Sinne des Gesetzes ist nur der, der beide Beine und beide Arme verloren hat und gepflegt werden muß wie ein Säugling. Ich könne ja noch laufen mittels zweier Stöcke. Mit der Berufung wurde ich abgewiesen und die 25 Mark Pflegegeld wurden mir auch noch genommen.

Mit welcher Berechtigung kann die Reichsbahn Krüppel in die Welt setzen und sie dann obendrein ihrem Schicksal überlassen? Herr Generaldirektor Dörpmüller, wir Schwereunfallverletzten der Reichsbahn erwarten von Ihnen, solche Zustände abzuheben. Führen Sie geeignete Versicherungsmaßnahmen für Beamte und Arbeiter im Betriebsdienst ein. Es muß unter allen Umständen von der Volkvertretung im Reichstag verlangt werden, dahin zu wirken, daß bei den Sitzungen vor den Reichs- und Oberverwaltungsämtern Verzele hinzugezogen werden, die selbst den Verlust eines Gliedes, Arm oder Bein, zu beklagen haben. Ich hoffe, im Interesse vieler Schwerebeschädigter geschrieben zu haben. S. St.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugskennung beiliegen. Bezugskennungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Trägern oder Trägerinnen; die Postbezieher haben die Postkennung beizulegen. Sprüche und Redaktionen wochentags von 12-1 Uhr mittags. H. B. Kossuthstraße. Die erste elektrische Straßenbahn fuhr in Breslau am 14. Juli 1893.

Breslauer Produktenbörse.

Sämtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 22. November gezeichneten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (mit für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladung in vollen Wagonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich nachstehend Breslau vertheben). Tendenz: Getreide ruhig, - Delikatessen: Still. - Kartoffeln (Erzeugerpreise): Ruhig. - Mehl: Ruhig.

Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):	
	22.	20.
Weizen 75 kg	28,00	28,20
Weizen 71 kg	27,00	27,20
Koggen 71 kg	24,20	24,20
Koggen 68 kg	23,40	23,40
Hafer	17,90	17,90
Strawgerste	24,00	24,50
Rüttlgerste	20,00	20,00
Winter-Gerste	18,50	18,50

Delikatessen:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):	
	22.	20.
Winterweizen	33,00	-
Winterweizen	34,00	-
Winterweizen	46,00	-
Winterweizen	25,00	-
Winterweizen	94,00	-

Keine Ware über Notiz.
Spezialkartoffeln, rote und weiße 2,70.
Fahrl-Kartoffeln für das Prozent Stärkegehalt 0,14.
Sämtliche Notierungen für Rübenerzeugnisse (je 100 kg):
22. 20.
Weizenm. (70%) 41,50 41,50
Koggenm. (70%) 35,00 35,00
Auszugmehl 48,50 48,50
Bessere Sorten werden höher bezahlt.

Das Buch!
Wollen Sie aus dem Tagesgeschäft hinausgeraten und der Welt einen neuen Gesichtspunkt geben?
Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graunstraße 5

CREME MOUSON
ist Schönheits- und Hautpflegemittel zugleich. Sie heilt raube, rissige Haut, beseitigt rote Flecken, Unebenheiten, läßtigen Hautglanz und verleiht einen vornehmen, matten Teint.
Creme Mouson-Seife ist äußerst mild und von feiner, eigenartiger Parfümierung. Ihr regelmäßiger Gebrauch bildet die beste Ergänzung der täglichen Creme Mouson-Hautpflege.
CREME MOUSON-SEIFE

Wirtschaft.

Der deutsche Außenhandel im Oktober.

Nach den Mitteilungen des Reichsstatistischen Amtes ergibt sich für den deutschen Außenhandel im Oktober abermals ein Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr. Insgesamt beträgt der Einfuhrüberschuss 266 Millionen Mark, im reinen Warenverkehr 110 Millionen Mark. In der Zeit vom Dezember 1925 bis einschließlich Mai 1926 war die deutsche Wareneinfuhr größer als die Wareneinfuhr. Für die nächsten Monate bis einschließlich August ergab sich eine Passivität (Ueberwiegen der Einfuhr) der Handelsbilanz. Im Monat September betrug der Einfuhrüberschuss im reinen Warenverkehr 18 Millionen Mark.

Der Rückschlag im Monat Oktober ist vor allen Dingen auf eine Steigerung in der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken (Weizen, Reis, Fleisch, Obst usw.) und der Einfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren zurückzuführen. Die reine Wareneinfuhr hat sich gegenüber dem Monat September um 167 Millionen Mark erhöht. Davon sind Lebensmittel und Getränke mit 78 Millionen, Rohstoffe und Halbfertigwaren mit 46 Millionen und Fertigwaren mit 40,9 Millionen beteiligt. Die gestiegene Rohstoffeinfuhr erklärt sich aus den Bewegungen unserer Wirtschaft, die ohne Zweifel in einer vermehrten Beschäftigung überwiegt, was natürlich den Bezug von Rohstoffen voraussetzt. Die gestiegene Rohstoffeinfuhr besteht zum größten Teil in Wasserfahrzeugen und Textilwaren (Garnen). Von Bedeutung ist, daß sich die Fertigwareneinfuhr erhöht hat und zwar um 582,4 Millionen Mark im September auf 602,6 Millionen Mark im Oktober.

Zahlenmäßig wird die Wareneinfuhr im Oktober mit 1148 Milliarden angegeben (im Monat September 930 Millionen Mark). Davon sind 930,1 (823,4) Millionen reiner Warenverkehr. Die Wareneinfuhr stellt sich insgesamt auf 882,3 Millionen Mark (im September 639,8 Millionen). Reiner Warenverkehr sind davon 879,7 Millionen (836,3 Millionen) Mark.

Für die Zeit vom Januar bis Oktober 1926 wird eine Gesamtwareneinfuhr von 8,334 Milliarden errechnet. Davon sind 7,900 Milliarden reiner Warenverkehr. Die Gesamteinfuhr stellt sich auf 8,171 Milliarden Mark, wovon 8,139 Milliarden auf den reinen Warenverkehr entfallen.

Die Baumwollpreise fallen nicht.

Wer bisher geglaubt hat, daß die deutschen Preise für Baumwollgarn und -gewebe sich den fallenden Baumwollpreisen anpassen würden, sieht sich durch den Verlauf, den die Stuttgarter Industrie und Handelskammer am 17. November genommen hat, durchaus getäuscht. Durch die fallenden Baumwollpreise sind bisher die Garn- und Gewebepreise so gut wie gar nicht berührt worden, das heißt, der sinkende Preis für Rohmaterial wirkt sich auf die Halbfertigwaren nicht aus. Auch am Mittwoch blieben die Preise in Stuttgart im großen und ganzen unverändert. Lediglich die billigsten Garnsorten und Cretonnes-Baumwollgewebe erfuhr Preisabschwächungen, die aber äußerst geringfügig waren.

Die Fabrikanten behaupten, daß ihre Preisstellung bisher so niedrig war, daß sie ihre Ware sozusagen veräußerten, wovon der Verbraucher allerdings nicht viel gemerkt hat. Die Spinner sind also entschlossen, der demniederliegenden Baumwollindustrie durch eine entsprechende Preisentlastung keine Entlastung zu bringen.

Der Wahnwitz des Zuckers.

Ein Beweis, wie sehr die Forderungen nach dem erhöhten Zuckersoll jeder Berechtigung entbehren, ist sicherlich die soeben veröffentlichte Bilanz der Zuckerfabrik Braunstadt für das Jahr 1925/26. Die Gewinna- und Verlustrechnung weist einen Reingewinn von 221 265 Mark nach (im Vorjahre 109 821 Mark). Nach Abzug der Vergütung für den Zuckersoll in Höhe von 35 500 Mark kommt eine Dividende in Höhe von 10 Prozent zur Auszahlung. Die Dividende im Vorjahre betrug 5 Prozent.

Die gesamte Erzeugung hat sich bei der Zuckerfabrik Braunstadt von 389 422 Zentner Verbrauchs Zucker auf 429 882 Zentner gesteigert. Dieser Steigerung steht der Fortfall eines Werklohnvertrages, der infolge Uneinigkeit zwischen den Partnern nicht zustande kam, gegenüber. Der Nichtabschluss des Vertrages bedeutet ungefähr eine Verminderung in den Verarbeitungsmengen um 160 000 Zentner Verbrauchs Zucker.

Der Bruttogewinn steigerte sich von 8,7 Millionen auf 11,9 Millionen Mark. Die Handlungs- und Betriebskosten machen 3,2 Millionen Mark aus. Für Bankzinsen wurde die ungeheuer hohe Summe von 99 000 Mark verausgabt. Daneben erforderten die Abfertigungen 121 000 Mark, ungefähr 80 000 Mark weniger als im Vorjahre. Dagegen mußten 93 000 Mark für Effekten-Sonderabfertigungen, die mit den Ereignissen in dem Breslauer Handelshaus Wolskari zusammenhängen, abgeschrieben werden.

Trotz harter Belastung ist das Ergebnis durchaus zufriedenstellend und sicher nicht geeignet, die Zollwünsche unserer Zuckerindustrie zu rechtfertigen.

Kohlenmiserie auch in Holland.

Unser Amsterdamer Mitarbeiter schreibt uns: Da auf Grund der augenblicklichen Lage in den englischen Bergbaugebieten die englischen Kohlenhändler alle Offerten für die Februar- und März-Lieferung zurückgepflogen haben, befürchtet man in Kreisen des niederländischen Kohlen-Großhandels, daß das Ruhrkohlen-Industrie nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen neue Kontrakte abschließen wird. Die Preise für Bunkerkohlen haben schon heute die fünffache Höhe gegenüber der Zeit vor Ausbruch des Bergarbeiterstreiks erreicht. Die Niederländische Verkaufszentrale des Ruhrkohlen-Industrie gibt auch bekannt, daß eine Erhöhung der Preise für Exportkohlen unvermeidlich ist, da das Syndikat bis April 1927 vollkommen ausverkauft ist.

Die Verhandlungen für die Gründung des American-British and Continental Corporation Trustes

sind nun abgeschlossen worden. Die internationale Bankvereinigung wird sich mit der Finanzierung von Industrieunternehmen in aller Welt befassen. Dem Trust gehören an: für Amerika die Schröder-Bank, Blyth, Witter & Co., für Frankreich die Banque de l'Union Paribas, für Deutschland die Dresdener Bank, für Belgien die Sociétés Generale de Belgique, für die Schweiz der Credit Suisse, für Dänemark die Allgemeine Oesterreichische Bodenkreditanstalt, für Schweden die Erstföda Bank, für Ungarn die Ungarische Commerzbank, für Holland Rippmann, Rosenhal & Co., und für die Tschechoslowakei die Böhmische Unionbank. Das Bankkonzern verfügt über ein Grundkapital von 14 Millionen Mark.

Die Peters-Union wird in Holland eine Anleihe von 24 Millionen Gulden ausgeben. Wie es heißt, sollen holländische Interessenten dafür in den Ausschuss von Peters-Union aufgenommen werden.

Wetteres Steigen der Arbeitslosenziffer in Niederschlesien.

In der Berichtswache vom 11. bis 17. November stieg die Zahl der Arbeitssuchenden und Erwerbslosenunterstützungsempfänger in der Provinz Niederschlesien in etwas stärkerem Ausmaße an. Es wurden 84 514 Arbeitsuchende (in der Vorwoche 82 801) gezählt, also 1913 mehr als in der Vorwoche. Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger lag um 2009 höher als in der Vorwoche und betrug 61 368 (in der Vorwoche 48 744). Auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen war um 351 geringer als in der Vorwoche und betrug 2954. Diesmal war die Stadt Breslau an der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage beteiligt. Es wurden hier Arbeitsuchende gezählt insgesamt 43 998 (in der Vorwoche 42 718) und 23 224 Erwerbslosenunterstützungsempfänger (in der Vorwoche 22 670).

In der Landwirtschaft war die Vermittlungstätigkeit sehr ruhig. Die wenigen gemeldeten offenen Stellen für händliches Personal konnten fast überall bis auf Mägen, die nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren, besetzt werden.

In der Forstwirtschaft boten sich im Brieger und Bunzlauer Bezirk Beschäftigungsmöglichkeiten.

Im niederschlesischen Steinkohlenbergbau war die Vermittlungstätigkeit ruhig. Besuch blieben Häuser. In der Industrie der Steine und Erden entließ ein Hartsteinwerk im Bezirk Lauban eine Anzahl Arbeitskräfte. Im Bezirk Görlitz-Brand entließ eine Glasfabrik etwa 100 Arbeitnehmer. Im Ziegelgewerbe wurden eine Anzahl Stilllegungen und dadurch bedingte Arbeiterentlassungen beobachtet (Bezirke Neumarkt, Ohlau, Wohlau).

Die Arbeitsmarktfrage im Metallgewerbe ist weiterhin ungünstig. In Jauer stieg die Zahl der kurzarbeitenden Facharbeiter der dortigen Landmaschinenindustrie. In Görlitz überwiegen in der dortigen Maschinenindustrie die Entlassungen die Einstellungen von Arbeitskräften. Dagegen konnte in Ohlau das Zinkwalzwerk keine Arbeit im vollen Umfange wieder aufnehmen.

Im Spinnstoffgewerbe war die Arbeitsmarktfrage weiterhin nicht ungünstig. Im Reichenbach-Langensiegener Bezirk ging die Kurzarbeit weiter zurück. In Görlitz bestand Nachfrage nach gelernten Kräften. In Lauban fehlt es an ausgebildeten Facharbeiterinnen, jedoch waren für Heimnähmaschinen wenig Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden. Im Spinnstoffgewerbe kamen aus einer Strumpfabrik Handschuhstrickerinnen zur Entlassung.

Im Holz- und Schnitstoffgewerbe bestand in Görlitz nur geringe Nachfrage nach Bautischlern. In Breslau ging die Nachfrage nach gelernten Kräften zurück.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe fanden nach Beendigung der Kampagne in einer Zuckerfabrik im Rimplauer Bezirk Entlassungen statt. Die Nachfrage nach Bäckern und Fleischer war nur gering.

Im Bekleidungs- und Konfektionsgewerbe stieg in der Maß- und Konfektionsherstellung die Nachfrage nach gelernten — vornehmlich männlichen — Arbeitskräften. In Görlitz wurden Schneiderinnen verlangt.

Im Baugewerbe hält die rückläufige Bewegung — zum Teil durch die Fertigstellung der Bauten bedingt — an. Die Zahl der sich erwerbslos meldenden Dachdecker erhöhte sich. Auch die Beschäftigung im Malergewerbe läßt weiter nach.

In der Gast- und Schankwirtschaft war die Arbeitsmarktfrage nicht wesentlich verändert. In Görlitz konnte eine Anzahl Kellner in feste Stellen vermittelt werden. Die Nachfrage nach Haus- und Küchenmädchen für Hotels war lebhaft.

Verkehrsberwerb. Die Reichsbahn entließ in einer Anzahl Bezirke Zeitarbeiter. Infolge Sinkens des Hochwassers der Oder konnte im Ohlauer, Wohlauer und Neulitzer Bezirk ein Teil der nach den Wasserbauarbeiten entlassenen Arbeitskräfte wieder eingestellt werden.

Eine Straßenbahn-Anleihe Berlins. Die Berliner Straßenbahn, die sich in städtischem Besitz befindet, hat beschlossen, zur Erneuerung und Erweiterung des Straßenbahnnetzes eine Inlandsanleihe im Betrage von 60 Millionen Mark aufzunehmen. Davon sollen 34,7 Millionen im Jahre 1927 Verwendung finden.

Ein Edelstahlwerk gegründet. Die Verhandlungen zwecks Gründung eines Edelstahlwerks sind jetzt zum Abschluß gekommen. Stützen des Trusts sind die Stahlwerke in der Kemnitzer und Crefelder Gegend. Darüber hinaus sollen die Siegerländer Werke angegeschlossen werden. Die Gründung selbst wird durch eine Studiengesellschaft durchgeführt, die am Sonnabend in Eilen gegründet wurde. Die Studiengesellschaft wird maßgebend von der Rheinisch-Westfälischen Stahlwerke A.-G. beherrscht.

Hollands Wareneinfuhr. Die holländische Statistik gibt die Wareneinfuhr für die Zeit vom Januar bis Oktober 1926 mit 2,034 Milliarden Gulden an (im Vorjahre 2,051 Milliarden Gulden). Die Ausfuhr stellt sich auf 1,4 Milliarden Gulden gegenüber 1,5 Milliarden Gulden im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Einfuhrüberschuss beläuft sich also auf 593,3 Millionen Gulden gegenüber 533,1 Millionen Gulden in der Zeit vom Januar bis Oktober 1925.

Eine amerikanische Anleiheofferte an Bod. Der Magistrat in Bod hat in den letzten Tagen eine Offerte eines großen amerikanischen Konsortiums für eine Anleihe erhalten. Es handelt sich um eine Investitionsanleihe in Höhe von 15 Millionen Dollars mit 5prozentiger Verzinsung pro Jahr. Die Anleihe soll hauptsächlich zum Bau neuer Häuser, einer neuen Gasanstalt und eines neuen städtischen Spitals verwendet werden. Das Konsortium verlangt die Garantie der Stadterwaltung.

Die Valorisierung von Japanseide beschlossen. Die japanische Regierung hat nunmehr, laut „Konzeption“ beschlossen, zunächst 30 000 Riken Seide mit einem Betrage von 2 1/2 Millionen Yen zu beschaffen, damit die Ware am Markte ferngehalten und die erschütterte Preisfrage wieder etwas stabilisiert werden kann.

Das Buch!
 Holen Sie sich aus des Tages Anzeiger hinausgehenden mit der Feder schon tausende Freunde im Buche
Bollwacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 1. Abtlg. Dienstag, den 23. November nach dem Turnen Handballer-Versammlung. Sämtliche Handballspieler sowie Interessenten werden gebeten, zu erdheim-Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Unsere Mannschaften. 3. Schiedes.

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Wegen der wichtigen Tagesordnung des Spielausschusses fällt die Schiedsrichter-Versammlung am 24. November aus. Ladung: Mittwoch, den 24. November, Schiedsrichter Frantsch-Woelke, Gütler-7. Abtlg. 7 Uhr bei Dant.

F.T.B. V. Abt. Handballer. Dienstag, den 23. November Handballer-Versammlung im „Eisenhammer“. Sämtliche Handballer und Kritiker müssen nach dem Turnen erscheinen.

Freie Turnerschaft, 4. Jugendabteilung. Heute, Dienstag, 8 Uhr Jugendbesprechung, Turnhalle. Tagesordnung: Mitteilungen, Berichte, Draufjagen (sehr wichtig!) Bericht über die Vereinsarbeit und wie! Freie Ausdrucksweise. Jeder Turner hat an dieser Versammlung teilzunehmen. Gebende werden diesmal angemerkt. Mitteilungsblätter sind mitzubringen.

Freie Turnerschaft Breslau, e. B. Besitztiff Rundturnen. Sämtlichen Abteilungsleiterinnen und Kindern vorzuturnen zur Kenntnis, daß die nächste Besitztiff am Sonntag, den 27. November, abends 7 Uhr, in der Turnhalle der Viktoriaschule, Bismarckstraße stattfindet. Im Interesse unserer Kinderbewegung wird auf rege Beteiligung sämtlicher Abteilungen geseht.

Freie Turnerschaft Breslau, e. B. Sonnabend, den 27. November, abends 8 Uhr, gemeinsame Sitzung des Vereinsvorstandes mit den Abteilungsleitern im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Ergebnis unserer Veranstaltungen. 3. Bericht über die Verhandlungen betreffs Anbringung der 3. und 4. Bundesstädter an den Schulgebäuden. 4. Berichtsst. 5. Turnhallen- und Spielplatzfragen. 6. Festlegung der nächsten gemeinsamen Versammlung und der Generalversammlung. 7. Schiedes. Die Mitglieder des Vereinsvorstandes und die Abteilungsleiter (auch die Vertreter) müssen bestimmt anwesend sein. Die Vorsitzenden werden folgendes Material mitbringen: Die Benützung der Turnhallen, Lage und Zeiten der weichen Halle, obere oder untere Benützung der Spielplätze, Lage und Zeiten und welche Spielplätze. Falls Änderungen gemeldet werden, auch diese angeben.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unterm Gebiete, für die wir nur die redaktionelle Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Die Reichsbahn und ihre Invaliden.
 Vor wenigen Tagen wurde in der Presse von einem schweren Eisenbahnunfall berichtet. Bei diesem Unfall auf der Strecke Guben-Rudow-Dirschdorf gab es einen Toten und einen Schwerverletzten. Der Zug, der auf freier Strecke lag, soll durch nicht genügende Sicherheitsmaßnahmen bedingt worden sein. Was lag die Ursache? Die Staatsanwaltschaft dazu, und was gedenkt sie zu unternehmen? Warum wurde dieser Zug nicht durch die vortrefflichen Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel durch Knallpatronen, von diesem Unfall zu verhüten? Durch den Unfall sind wieder, wie immer, die unteren Beamtengruppen und Arbeiter die Geschädigten. Am grünen Tisch werden bekanntlich keine Beine und Arme abgefahren.

Und wie sieht es mit der Fürsorge bei der Reichsbahn aus? Der Schreiber dieser Zeilen ist ein Schwerunfallverletzter, der beide Beine unerschütet bei dieser hohen Behörde eingebüßt hat. Mit welchen Mitteln die Reichsbahn arbeitet und ihre Kräfte abfindet, darüber sei folgendes angegeben: Mit dem 1. Juli 1926 wurde die Pensionsrente (über 66% Prozent) in ein Pflegegeld umgewandelt. Nach dem Gesetz können je nach Lage des Verletzten 20 bis 75 Mark Pflegegeld gemährt werden. Wir wurden auf Grundrente, das heißt nach dem früheren Arbeitsverdienst 100 Prozent gleich 66% Prozent, der Betrag von 25 Mark Pflegegeld bewilligt. Gegen diesen Bescheid legte ich vor dem zuständigen Oberverwaltungsamt Berufung ein. Auf die Berufung hin wurde ich zu einem Vertrauensarzt bestellt, zu Herrn Professor H. A. R. L. in Berlin. Ich wurde im Wenzel-Band-Krankenhaus. Das Ergebnis der Untersuchung ist folgendes: Hilflos im Sinne des Gesetzes ist nur der, der beide Beine und beide Arme verloren hat und gepflegt werden muß wie ein Säugling. Ich könnte ja noch laufen mittels zweier Stöcke. Mit der Berufung wurde ich abgewiesen und die 25 Mark Pflegegeld wurden mir auch noch genommen.

Mit welcher Berechtigung kann die Reichsbahn Krüppel in die Welt legen und sie dann obendrein ihrem Schicksal überlassen? Herr Generaldirektor Dormmüller, wir Schwerunfallverletzter der Reichsbahn erwarten von Ihnen, solche Zustände abzuändern. Führen Sie geeignete Versicherungsmaßnahmen für Beamte und Arbeiter im Betriebsdienst ein. Es muß unter allen Umständen von der Volkvertretung im Reichstag verlangt werden, daß sie wirken, daß bei den Sitzungen vor den Reichs- und Oberverwaltungsämtern Versteht hinzugezogen werden, die selbst der Verlust eines Gliedes, Arm oder Bein, zu beklagen haben. Ich hoffe, im Interesse vieler Schwerbeschädigter geschrieben zu haben. S. St.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugskennung beilegen. Bezugskennungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Postwachst-Trägern oder Trägern; die Postbetriebe haben die Postkennungen beizulegen. Sprecht uns über die Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags.

H. B. Kossuthfrage. Die erste elektrische Straßenbahn fuhr in Breslau am 14. Juli 1893.

Breslauer Produktenbörse.

Wichtige Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 22. November gezählten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) bei schließlicher Verabreichung in vollen Baggelabgaben (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich nachstehend Breslau vertehen). Tendenz: Getreide ruhig. — Delikatessen: Still. — Kartoffeln (Erzeugerpreise): Ruhig. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Delikatessen (100 kg)	
22.	20.	22.	20.
Getreide:		Delikatessen:	
Weizen 75 kg	28,00	Wintertrapp	33,00
Weizen 71 "	27,00	Leinamen	34,00
Roggen 71 "	24,20	Senffamen neu	46,00
Roggen 68 "	23,40	Hamlet	25,00
Hafer *)	17,00	Blauweizen	34,00
Gerste *)	24,00	1) Gute Qualität	
Wintergerste	20,60	2) Durchschnitts-Qualität	
Winter-Gerste *)	18,50	3) Mittlere Art und Güte	

Keine Ware über Notiz.
 Spezialtarif, rote und weiße 270.
 Fabrik-Kartoffeln für das Prozent Stärkegehalt 0.14.

Wichtige Notierungen für Weizenmehl (je 100 kg)		Ausgummei	
22.	20.	22.	20.
Weizenmehl (70%)	41,50	41,50	48,50
Roggenmehl (70%)	35,00	35,00	48,50

Neuer Sorten werden über bezahlt.

CREME MOUSON
 ist Schönheits- und Hautpflegemittel zugleich. / Sie heilt raube, rissige Haut, beseitigt rote Flecken, Unebenheiten, läßtigen Hautglanz und verleiht einen vornehmen, matten Teint.
 Creme Mouson-Seife ist äußerst mild und von feiner, eigenartiger Parfümierung. Ihr regelmäßiger Gebrauch bildet die beste Ergänzung der täglichen Creme Mouson-Hautpflege.
CREME MOUSON-SEIFE